

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreilindstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 22. Februar 1930

Nummer 16

### Von den Tarifverhandlungen

Die weitere Beratung der beiderseitigen Abänderungsanträge führte in mehrtägigen Kommissionsberatungen zur Herausstellung der wichtigsten Punkte, wie Arbeitszeit, Abersstunden, Sonntagsarbeit, Lohnstaffelung, Urlaubs- und Beurlaubungsfragen. Eine nähere Prüfung und Abwägung der in diesen Fragen unverändert erheblichen Gegensätze führte zu der Feststellung, daß man zu einem befriedigenden Ausgleich ohne Inanspruchnahme des Zentralarbitrationsamtes nicht kommen könnte. Deshalb wurde von beiden Seiten das Zentralarbitrationsamt angerufen, das am 21. Februar zusammengetreten ist.

### Bundesausschussung des ADGB.

Am 17. Februar trat der Bundesausschuss zu seiner fünften Sitzung im Ingenieurhaus zusammen. Der zweite Vorsitzende des ADGB, Peter Graßmann, berichtete über den Beginn der Sitzung über das Befinden des Parlaments. Die Sitzung des Obersten Lenkungsorgans schreitet stetig, wenn auch langsam fort.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Finanzen und Steuern, erteilte der Vorsitzende dem Vertreter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Dr. Hans Krone, das Wort: Im Augenblick der Unterzeichnung des Youngplans, im Juli vorigen Jahres, setzte eine lebhafteste Kampagne für ein Steuerreformprogramm ein. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage der Steuerentlastungen. Im Dezember machte auch der Reichsverband der Deutschen Industrie dahingehende Vorschläge. Die Gewerkschaften standen dagegen auf dem Standpunkt: erst Ordnung der Reichsfinanzen, dann Senkung der Steuern. Es zeigte sich, daß von den Ersparnissen des Youngplans mehr und mehr für den Ausbau des Haushalts verwendet werden müßte, ja, daß sie nicht einmal zu diesem Zweck ausreichten. Die Hauptfrage ist: wie ist die Ausgleichung des Etats zu erreichen? Man könnte an Ausgabenbeschränkungen denken, an Verwaltungsvereinfachungen usw. Die Ausgabebeile des Etats ist aber, das zeigt sich immer wieder, sehr unelastisch. Abgesehen davon sind manche geplanten Ausgabenbeschränkungen, wie z. B. zum Etat des Reichsarbeitsministeriums, unannehmbar. Es kommen ferner Anleihen in Frage. Was die Auslandsanleihen angeht, so ist das Reich durch das Abkommen mit Frankreich vertraglich beschränkt. Der Inlandmarkt kommt kaum in Betracht. Eine Zwangsanleihe bei der Invaliden- und Angestelltenversicherung müßte abgelehnt werden. Was bleiben für andere Möglichkeiten? Erschließung einmaliger Einnahmequellen, wie die Reformen der Reichsbank, Steuervorverlegungen einzelner Steuerzahlungen. Aber diese und ähnliche Maßnahmen reichen nicht aus, das Defizit zu decken. So bleibt nur die vierte Möglichkeit: Steuererhöhungen. Die Gewerkschaften können sich bei ihrer Stellungnahme zu diesen Fragen auf die Vorschläge ihrer eigenen Steuerkommission stützen, die schon Jahre zurückliegen. Eine progressive Einkommens- und Besitzsteuer ist sicher die idealste Steuerreform, aber ihre Erträge genügen nicht. Der Steuerbedarf hat sich gegenüber der Vorkriegszeit von 18 auf 24 Proz. des Volkseinkommens vermehrt. Man könnte nun einfach an eine Erhöhung der Tarife denken. Aber man darf die Steuerkraft nicht zu sehr anspannen, daß die Steuerhinterziehung lohnend wird. Man kann die Einkommens- und Besitzsteuer nicht dauernd verschärfen — das hindert freilich nicht ein einmaliges Notopfer —, noch kann man unter den heutigen Verhältnissen die Steuerfreie Grenze herabsetzen. Es gibt nun schon andere Steuern, wie die Lotteriesteuer usw., die man als neutral bezeichnen kann, weil sie von keiner Seite bekämpft werden; aber sie fließen nicht allzu reichlich. Hinsichtlich des Ertrages viel verlockender sind die Verbrauchssteuern, z. B. Alkoholf- und Tabaksteuern. Gegen diese indirekten Steuern haben die Gewerkschaften wie die Sozialdemokratie vor dem Kriege bekanntlich scharf Stellung genommen. Diese abnehmende Haltung erklärte sich aus dem schärfen Gegensatz, in dem Gewerkschaften und Sozialdemokratie zu dem Staat der Vorkriegszeit standen. Wir müssen uns heute entscheiden, ob wir einen Abbau der sozialen Leistungen zulassen, oder eine Erhöhung der Verbrauchssteuern zugeben wollen. Im Gegensatz zu früher können wir diese veränderte Haltung zu den Verbrauchssteuern ein-

nehmen, weil wir heute auf die Verwendung der Erträge einen stärkeren Einfluß haben. Bei ihren Vorschlägen von 1925 unterzeichnete die Gewerkschaften die Besteuerung des Gesamteinkommens und die sogenannte Quellenbesteuerung. Die Gewerkschaften haben sich damals dahin entschieden, jede Art von Quellenbesteuerung zu unterstützen. Eine Revision unserer Stellungnahme zu den indirekten Steuern wird erleichtert, weil auch sie in Deutschland zu Quellensteuern ausgebaut worden sind. Im Anschluß ging der Redner auf die bekannten Bedenken gegen die Umsatzsteuer ein. Er prüfte jedoch die verschiedenen Steuerarten in Hinblick auf ihre Verwaltungskosten, die oft in keinem Verhältnis zu ihren Erträgen stehen. Endlich behandelte er das Problem der Abwälzbarkeit der Steuern. Am wenigsten abwälzbar ist die Lohn- und Gehaltssteuer. Aber auch andere Steuern sind nicht immer gleichermaßen abwälzbar. Es hängt von verschiedenen Umständen ab. Es kommt darauf an, festzustellen, wann eine Steuer abwälzbar ist und wann nicht. Im großen und ganzen läßt sich sagen, daß die Abwälzbarkeit der Steuern von der wirtschaftlichen Machtposition der Steuerzahler abhängig ist.

Zusammenfassend erklärte Dr. Krone, daß grundsätzlich alle Steuern unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit, der Vereinfachung bzw. Automatisierung, der Quellenerschließung und endlich in allen Fällen unter dem Gesichtspunkt der Abwälzbarkeit zu prüfen seien. Auch die Gewerkschaften würden in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage für eine Senkung der Steuern eintreten, wenn der Stand der Reichsfinanzen eine solche Steuerpolitik auch nur im geringsten erlaube. Die augenblickliche Lage erfordert aber ein besonderes Notopfer, auch von den Arbeitern. Um so weniger kommt ein Steuererhöhen für andere Schichten in Betracht. Die Industrie muß ihre Sonderbelastung weiter tragen. Die Landwirtschaft kann die seit langem geforderte Übernahme der Rentenbankbelastung durch das Reich nicht ablehnen. Die notwendige Steuererhöhung — das gleiche gilt von einer späteren Steuerentlastung — darf das jetzt bestehende Verhältnis von Massen- und Besitzsteuern nicht verschlechtern. Die Steuerreform darf nicht ausgenutzt werden zu einer Lastenverföberung zugunsten des Besitzes.

Die grundsätzlichen Erörterungen von Dr. Krone wurden durch den Vorsitzenden Graßmann wirksam ergänzt durch einen Bericht über die interfraktionellen Verhandlungen, die in den letzten Monaten über den Youngplan und das Finanzprogramm stattgefunden haben. Es sind bekanntlich eine Reihe von Vorschlägen zur Erörterung gestellt worden. Der Redner erinnerte an den Gedanken, die Angestellten aus der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen. Er erörterte die Beweggründe, aus denen die Unternehmer und die ihnen nahestehenden Parteien gerade für diese Maßnahme sich einsetzten, und besprach die Wirkungen, die die Bildung von Sonderklassen haben würde. Bekanntlich denkt man auch daran, die in der Landwirtschaft Tätigen aus der Versicherung auszuschalten. Selbstverständlich verzichtet man auch noch nicht auf den Plan, eine weitergehende Sonderregelung für die saisonalen Berufe durchzuführen und denkt dabei an eine Kombination von Versicherung und Zwangsparafasse. Diese herausgegriffenen Vorschläge zeigen, wohin die Reise gehen soll. Man will in einem halben Jahr, in drei Viertel Jahren, eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, die einer Zerspaltung gleichkommt. Großmann ging dann auch auf die schwerwiegenden Bedenken ein, die der Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf dem Wege einer irgendwo gezielten Gefahrengemeinschaft mit den anderen Versicherungsträgern entgegenstehen. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben sich bisher gegen alle diese Pläne gewehrt. Als letztes Diskussionsobjekt erscheint der Plan, daß die Angestelltenversicherung 150 Millionen Reichsbanknoten kaufen solle, während weitere 100 Millionen Mark vom Reich auszubringen seien, um den Geldbedarf der Arbeitslosenversicherung zu decken. Auch dieser Plan begegnet schweren Bedenken, denn er schließt wie seine Vorgänger die Pflichten des Reiches in Notfällen aus.

Im Anschluß an diese Ausführungen nahm der Vertreter der Sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Franz Splitt, das Wort. Er schloßerte zunächst die leitenden Grundgedanken der Arbeitslosenunterstützung in der Nachkriegszeit. Er schätzte die zu erwartende Schuldenlast bis Ende März auf etwa 500 bis 570 Millionen Mark. Die Deckung der Mehrausgaben für April und Mai ist aus der ab 1. Januar eingetretenen Erhöhung der Beiträge um 1/2 Proz. zu erwarten, wenn der bis 30. Juni be-

fristete Beitrag wieder auf 3 Proz. reduziert wird, wird der Etat 1930/31 vermutlich etwa 335 Millionen Mark Unterbilanz aufweisen. Bleibt der Beitrag von 1 1/2 Proz. durch das ganze Jahr, so bleibt ein zu deckender Bedarf von 250 Millionen. Ist diese Zahl richtig? Sie beruht auf einer geschätzten Zahl von im Jahresdurchschnitt 1,2 Millionen zu Unterstühenden. Die Zahl ist vielleicht zu hoch gegriffen, immerhin ist sie der zuverlässigste Ausgangspunkt. Man versucht nun, diesen unsicheren Posten ganz aus dem Reichsetat auszuschalten. Man hat den Eindruck zu erwecken verstanden: nur die 250 Millionen, die der Reichsanstalt fehlen, verursachen das Defizit des Reiches. Der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung gilt ja nicht nur ihr, er gilt der Sozialversicherung überhaupt. Die Arbeitslosenversicherung ist als der jüngste Zweig der Sozialversicherung und nicht zuletzt aus dem Grunde, daß gerade sie einer willkürlichen Lohnpolitik der Unternehmer Grenzen zieht, das „volkstümlichste“ Angriffsobjekt. Man will ihre „Reform“. Man unterfährt, was bereits durch die jüngste gesetzliche Reform zuwege gebracht worden ist. Der Kreis der Versicherten ist erheblich eingegrenzt worden. Vorgeesehen ist schon im Gesetz, die veränderte Unterstützungsgemäßung an die unständig Beschäftigten und an die Heimarbeiter. Die neue Regelung des Begriffs „Arbeitslosigkeit“ bedeutet gleichfalls eine erhebliche Einschränkung des Unterstützungsbereiches, ebenso die teilweise Verdopplung der Anwartschaftszeit. Das gleiche gilt vom Ausschluß zahlreicher Kleinrentner aus der Unterstützung. Auch die Regelung für die Saisonarbeiter und für Rentenbezieher bedeuten weitgehende Ersparnisse. Tatsächlich erscheint die bisherige Reform vielfach als eine wertträchtige Fiktion. Die Ursachen der Finanzkatastrophe der Reichsanstalt sind nicht Mängel in der Versicherung, sondern die Krise des Arbeitsmarktes. Das muß mit größtem Nachdruck festgestellt werden. Was man will, ist nicht die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern ihre Aufspaltung und die Senkung der Versicherungsleistungen. Dahin zielen auch Vorschläge, wie die Aufteilung der Versicherung nach Berufsgruppen, besonders die Trennung von Arbeitern und Angestellten. An diesem Vorschlag sind die Unternehmer interessiert, aber auch die bürgerlichen Angestelltenorganisationen. Der Gedanke der Gefahrengemeinschaft aller Versicherungsträger erscheint sehr plausibel, aber er ist geradezu unheilvoll. Abgesehen davon, daß die übrigen Sozialversicherungsträger in Bedürfnis gebracht würden, daß dem Wohnungsbau die Mittel weiter verknappet würden, soll eine solche Übertragung der Darlehenspflicht vom Reich auf die übrigen Versicherungen bewirken, daß der Gläubiger ein anderer wird. Die Arbeitslosenversicherung soll entpolitisiert werden mit dem Ziel, die Leistungen herabzudrücken. Verstärkte Autonomie der Reichsanstalt, ohne daß gleichzeitig die Arbeitnehmer in den Organen der Reichsanstalt das Übergewicht erhalten, ist ein Dauererfordernis, ist eine gegen die Arbeitslosenversicherung gerichtete Maßnahme. Es würde zu keinem Beschluß mehr kommen. Die verstärkte Selbstverwaltung würde sich gegen die Versicherten richten. Alle in den Besprechungen der letzten Monate entwickelten Pläne haben im Grunde die gleiche Tendenz, nämlich, einen unpolitischen Gläubiger an Stelle des politischen Trägers, des Reiches, zu setzen. In dessen, darüber muß man klar sein, mit unserer Zustimmung gibt es keine Entpolitisierung der Arbeitslosenversicherung. Sie müßte gegen unsern Willen durchgeführt werden. Wir haben eine Erhöhung der Beiträge von 1/2 auf 1 Proz. vorgeschlagen. Hätten wir diese Erhöhung schon unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes, schon 1927 durchgeführt, so würde die Reichsanstalt in keine nennenswerten Schwierigkeiten geraten sein. Will man aber diese Erhöhung nicht bewilligen, so muß es dabei sein Bewenden haben, daß das Reich der Schuldner bleibt. Wie kann nun das Reich die erforderlichen Mittel bekommen? Die Heranziehung der Beamten zu Beiträgen würde das Heer der unzufriedenen und böswilligen Kritiker der Arbeitslosenversicherung nur um eine neue Gruppe vermehren. Der Staat, d. h. das Reich, hat in kritischen Zeiten für die Arbeitslosen zu sorgen und kann aus dieser Haftung nicht entlassen werden. Jede Verbindung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Zweige der Sozialversicherung muß abgelehnt werden, ebenso die besondere Heranziehung der Beamten. Es gibt nur eine Lösung. Die Notzeit des Reiches fordert ein allgemeines Notopfer der Mehrverdiener, sie fordert es im Interesse der Arbeitslosen, sie fordert es in gleichem Maße für die Gesundung der Finanzen des Reiches. Dann, und nur dann können die Gewerkschaften, auch zu den Verbrauchssteuern eine

andre Stellung einnehmen. Das muß der Reichsregierung, das muß dem Reichstag von dieser Stelle aus ganz entschieden gesagt werden.

Welter vom Bundesvorstand sprach dann als letzter Redner in der Vormittags Sitzung über die schwere Belastung der Invalidenversicherung. Das Reich, sagte er, erklärte im vergangenen Jahre während der Youngplanverhandlung einen Ausbau der Rentenbestände für ausgeschlossen. Später verlangte das Reich von der Invalidenversicherung erhebliche Mittel in Form einer Zwangsanleihe. Statt eines Ausbaues der Invalidenversicherung wurden also Ansprüche an sie gestellt, die sie schwer belasteten. Die Zahl der Renten steigt fortgesetzt, noch stärker aber steigt die Belastung aus diesen Renten. 1924 hatten wir etwas über zwei Millionen Renten, 1928 waren sie auf über 2,9 Millionen angewachsen, 1924 betrug die Belastung aus den Renten 350 Millionen, 1928 war sie auf 982 Millionen, also fast auf eine Milliarde angewachsen. Aus den Beiträgen wurden 1924 gedeckt: 250 Millionen; 1928 über 600 Millionen. Aus Reichsmitteln wurden zu diesen Renten gezahlt vor dem Kriege 58, 1924: 95, 1928: 195 Millionen Mark (Reichszuschüsse zum Grundbetrag). Dazu kamen seit 1927 Reichsbeiträge, d. h. die Aufwertung der alten Beiträge aus Reichsmitteln; im Jahre 1927 25 Millionen Mark; 1928: 125 Millionen; 1929: 186 Millionen. Die letzteren Beträge wurden in Höhe von 164 Millionen Mark in Papieren gegeben, die erst 1935 einlösbar sind. Diese Beträge mußten aber von der Invalidenversicherung an die Versicherten in bar gezahlt werden. Was das zu bedeuten hat, ergibt sich aus den Versicherungsbilanzen. Die Beitragsentnahmen waren im Jahre 1929, auch im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, sehr viel geringer als geschätzt worden war. Der erwartete Überschuß von 355 Millionen ist tatsächlich auf 110 Millionen im laufenden Jahr reduziert worden. Die Belastung der Invalidenversicherung ist, und zwar durch Aufwertung von Renten, um 80 Millionen gewachsen. Diese Belastung ist eine dauernde. Wie weit kann sie abgedeckt werden? Die Verzinsung ist bis heute noch nicht Geßel geworden. Die Landesversicherungen haben im letzten Jahr noch 110 Millionen Mark Überschüsse gehabt. Aber auf solche Summen ist künftig nicht zu rechnen. Es ist daher schon jetzt zweifelhaft, ob die Invalidenversicherung überhaupt in der Lage ist, Beträge wie die geplanten 100 Millionen der Reichsanstalt zur Verfügung zu stellen. Der Plan der Gewerkschaftsgemeinschaft scheint in der Beratung verschwunden zu sein. Dafür denkt man an Zwangsanleihen. Am Schluß seiner Ausführungen ging Welter noch auf die zahlreichen sozialpolitischen Kampfstritten ein, die den Generalangriff auf die Sozialversicherung mit mehr oder minder wissenschaftlichen Argumenten stützen.

In der Diskussion wurden die Schwierigkeiten gekennzeichnet, die manche Bindungen und Wendungen im sozialparlamentarischen Leben der jüngsten Zeit den Gewerkschaften bereiten. Die Erhöhungen, die die Massen belasten, können die Gewerkschaften nur unter der Bedingung eintreten, daß feste Sicherungen auf sozialpolitischem Gebiet damit Hand in Hand gehen. Die Not der Massen ist so groß, daß jede weitere Belastung ohne eine solche Garantie auf schärfsten Widerstand stoßen würde.

Gefichtspunkte der Bauwirtschaft stehen bei der Beurteilung der Lage im Vordergrund. Das Arbeitschick der Bauarbeiter ist aufs engste gebunden an die öffentliche Wirtschaft. Infolge des Mangels an öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau liegt die Bauwirtschaft still. Es ist jetzt nicht der Zeitpunkt, Mittel für die Belebung der Bauwirtschaft durch die Erhöhung der Hauszinssteuer freizumachen. Aber die Forderung, daß das Einkommen der Hauszinssteuer in ganzem Umfang zum Zwecke des Wohnungsbaues verfügbar zu machen sei, muß nachdrücklich gestellt werden. Im übrigen muß die Frage der Festlegung der Wohnungsmieten von den Gewerkschaften fähig sorgfältig im Auge behalten werden. Es muß ausgesprochen werden, daß der Wohnungsbau in überaus hohem Maße eine produktive Tätigkeit ist. Die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung darf nicht die Quellen verstopfen, aus denen beträchtliche Mittel für den Wohnungsbau geflossen sind; die Gelder, die der Bauwirtschaft bisher von den sozialen Versicherungsträgern zur Verfügung gestellt wurden, dürfen diesem Zweck nicht entzogen werden. Die neuen Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung, die auf das „Auskommen“ der Unterstützungsempfänger berechnet sind, werden in aufreizender Form gegen die Bauarbeiter angewandt. Jede weitere Schmälerung der Rechte der Versicherten ist entschieden abzulehnen.

Vom Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde geltend gemacht, daß die politische Entwicklung der letzten zwei Jahre zwangsläufig gewesen ist. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Finanzen hat Partei und Gewerkschaften gleichmäßig an der Entfaltung ihrer Kräfte gehindert. Die Fraktion hat rechtzeitig auf den Irrtum, daß die Finanzlage des Reiches Steuerentwägungen gestatte, hingewiesen. Bei der Beurteilung der gegenwärtig zu lösenden finanzpolitischen Aufgaben muß von der Tatsache ausgegangen werden, daß zur Sanierung des Haushaltes ein Betrag von 700 Millionen Mark erforderlich ist. Partei wie Gewerkschaften müssen sich auf den Standpunkt stellen, daß die Sanierung unter allen Umständen stattfinden muß. Eine ideale Lösung wird es nicht geben. Erforderlich ist jedoch unbedingt die absolute Sicherung der sozialpolitischen Verpflichtungen des Reiches. Die verschiedenen Pläne, die diesen Zweck erreichen wollen, ohne auf Steuermittel zurückzugreifen, sind eine Bedrohung der Arbeitslosenversicherung. Namentlich gilt das für den zuletzt aufgetauchten Plan, der von Spliet näher gekennzeichnet wurde (der Plan, der auf eine Er-

weiterung der Autonomie der Reichsanstalt abzielt). Gegen jede Form der Aufwendung von Mitteln anderer Versicherungsträger für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ist einzuwenden, daß dadurch der Bauwirtschaft Mittel entzogen werden. Besserer Weg auch immer beschritten werde — die Verpfichtung des Reiches zur Deckung des Defizits des Reichshaushalts muß bestehen bleiben. Darum müssen Garantien geschaffen werden, daß jeder Verlust, der durch diese Maßnahme für den Baukredit entsteht, ausgeglichen werde durch eine Belebung der Kapitalzufuhr. Im übrigen bleibt die Tatsache bestehen, daß 700 Millionen Mark durch neue Steuern aufgebracht werden müssen. Der Gedanke eines Notopfers als Zuschlag zur Einkommensteuer sei erwägenswert, jedoch werde sich nicht der volle Betrag von 250 Millionen Mark einbringen lassen. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer würde eine starke dauernde Belastung der Massen bedeuten, die nicht zu billigen wäre. Weht man die Wafl hat zwischen dieser Steuer und der Biersteuer, so müsse man sich für die letztere entscheiden.

Als im vorigen Jahr Gewerkschaften und Partei Widerstand leisteten gegen den Ansturm auf die Arbeitslosenversicherung, da war es doch — so wurde in der Diskussion weiter ausgeführt — möglich, die gefährlichen Anschläge der Gegner abzuwehren. Diese Lehre darf in der gegenwärtigen Lage nicht vergessen werden. Auch jetzt wird es gelingen, durch die Einmütigkeit der Arbeiterbewegung die Feinde der Sozialversicherung in ihre Schranken zu verweisen.

Als die Gewerkschaften, die vor Jahren eingesehene Rationalisierung als notwendig und förderlich anerkannten, stellten sie die Bedingung, daß die Folgen der Rationalisierung nicht den Arbeitern aufgebürdet werden dürfen. Jetzt hat die Rationalisierung die Zahl der Arbeitslosen ins Ungemessene gesteigert, und nun verweigern die Kreise, die Anhänger der Vorteile der Rationalisierung sind, den Arbeitslosen eine ausreichende Unterstützung. Steuerliche Belastungen der Massen müssen, wenn sie nicht zurückgewiesen werden können, Hand in Hand gehen mit der Erhöhung der Beiträge. Eine Erhöhung der Biersteuer ist unannehmbar, wenn nicht zugleich die Weinsteuern wieder eingeführt wird. Es ist aber bei der Frage der Biersteuer auch daran zu erinnern, daß der Zuschlag zum Kleinverkaufspreis sehr viel höher ist als der Steuerzuschlag. Überhaupt ist es eine Aufgabe der Gewerkschaften, die Frage zu untersuchen, auf welche Weise die allgemein sehr hohe Spanne zwischen Produktionspreis und Verkaufspreis zu verringern wäre.

In der Sitzung vom 18. Februar wurde die Diskussion über die Finanz- und Steuerfragen fortgesetzt. Im Verlauf der Aussprache wurde u. a. auch darauf hingewiesen, daß unter der Voraussetzung, daß die Sozialpolitik „Terrassenpolitik“ getrieben, keine einheitliche Sozialpolitik, die die Interessen aller Arbeitnehmer gleichmäßig berücksichtigt, es ist nun die Frage, ob der ADGB, auf die Dauer zu lassen kann, daß in solchem Umfang eine nach Berufsgruppen abgestufte Sozialpolitik betrieben wird. Insbesondere haben die Beamten eine bevorzugte Stellung. Sie haben eine gesicherte Existenz als die gesamte andre Bevölkerung. Was haben im Verhältnis zu den Beamten die übrigen Arbeitnehmer für geringe soziale Sicherungen! Es sollten, wenn möglich, in der heutigen Situation die Beamten zu einem besonderen Opfer herangezogen werden. Die anderen sogenannten Festbesoldeten, die ja viel weniger gesichert sind, genießen nicht die gleichen Vorteile wie die Beamten. Das allgemeine Notopfer auf der Basis der Einkommensteuer müsse möglichst weiten Kreisen auferlegt werden, auch den Arbeitern in der Form, daß die sogenannten Lohnsteuerentlastungen aufgehoben werden. Der einzelne hat diese Senkung kaum als Erleichterung empfunden, dem Reich dagegen hat sie 120 Millionen gekostet.

Mit großem Nachdruck wurde schließlich noch hervorgehoben, daß auch nur das geringste Maß von Ersparnissen am sozialen Etat völlig untraglich ist. Gewerkschaften und Partei dürfen nicht in Widerspruch geraten zu der Entwicklung der sozialen Aufgaben. 1.399.000 Arbeitslose gab es am 15. Januar und 19.048 offene Stellen. Jede Einschränkung des Beschäftigtenkreises sei völlig unmöglich. In der Frage, in der Bauoffenbeschaffung, in der Porzellan-, in der Glasindustrie — überall hohe Arbeitslosenziffern. Man müsse den Kreis der Krisenfürsorge erweitern. Angriffe der Christen gegen den Arbeitsminister und gegen die Sozialpolitik der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie insbesondere wegen der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge seien durchaus unbedeutend. Aufs schärfste verurteilt wurde die von großen Unternehmungen systematisch betriebene Kapitalflucht. Es müßten Vorkehrungen gegen sie getroffen werden, ja, es müßte noch nachträglich versucht werden, diese Kapitalien in den Dienst der deutschen Volkswirtschaft zu zwingen.

Damit war die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung abgeschlossen.

Als erster erhielt das Schlusßwort Spliet. Der Versuch des Abbaues der Sozialversicherung ist um so gravierter, als auf der andern Seite verstärkte Aufwendungen zur Unterstützung anderer Erwerbsgruppen gemacht werden, z. B. die Maßnahmen zur Senkung des Roggenpreises, Düngekredite usw. Die produktive Erwerbslosenfürsorge muß ausgebaut werden. Der Plan, diese auf Auslandskredite zu verweisen, ist gefährlich. Vermehrte Einnahmen in der Arbeitslosenversicherung lassen sich erzielen durch Erlassen der tatsächlichen Löhne bei der Beitragsberechnung und durch schnelleren Beitritt von den

den Betrieben übertrieben lange zurückgehaltenen Beiträgen. Die Einbeziehung der Beamten als Beitragszahler würde den Versicherungscharakter vernichten und harten Widerwillen auslösen. Gerechter und zweckmäßiger ist das Erheben eines allgemeinen Notopfers bei allen höheren Einkommen. Dieses würde dann auch die entsprechenden Schäden des Beamtentums erfassen.

Dr. Kronas wies in seinem Schlusßwort darauf hin, daß selbstverständlich eine erhöhte Steuer für die Tabak- wie die Brauindustrie eine Belastung bedeuten würde. Indessen geht es beiden Industrien doch besser als die Aussprache erkennen ließ. Der Verbrauch von Bier pro Kopf ist dauernd gestiegen, ebenso der Verbrauch von Pilsbier. Es wäre also durchaus möglich, diesen Industrien eine neue Belastung zuzumuten. Im Augenblick komme aber nur die Biersteuer in Frage.

Vorsitzender Grafmann schloß die Debatte, indem er die Ergebnisse der Aussprache, die gleichsam als Richtlinien für die Politik des Bundesvorstandes in der nächsten Zeit angesehen werden können, noch einmal kurz zusammenfaßte.

Die vorgelegte Entschlieung zur Finanzierung wurde alsbald vom Bundesauschuß einmütig angenommen. Sie lautet:

Der Bundesauschuß des ADGB, sieht in der Neuordnung der Reparationsfrage durch das Haager Abkommen einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Wege der Befreiung der besetzten deutschen Gebiete, der Entpannung der internationalen politischen Atmosphäre, der dringend erforderlichen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den Völkern.

Die Erleichterung der Reparationslast, die der „Neue Plan“ für Deutschland bringt, bedeutet eine gegenüber dem Dawesplan nicht unwesentliche Entlastung des deutschen Volkes. Diese Entlastung kann vorerst nicht, wie es wünschenswert gewesen wäre, in einer allgemeinen Steuerermäßigung zum Ausdruck gelangen. Sie muß zunächst wenigstens in der Gestalt von Steuern und Abgaben in der Reichsfinanzgesetzgebung zum Ausdruck kommen.

Die gegenwärtige Notlage der Reichsfinanzen erfordert darüber hinaus noch die Erschließung neuer, anberaumter Einnahmequellen. Ohne Gesundung der Reichsfinanzen, der Herbeiführung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben, kann Deutschland nicht die ihm gestellten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben erfüllen. Gesunde Reichsfinanzen sind die Grundlage einer gesunden Wirtschaft und ebenso die Vorbereitung für eine befähigte, dem deutschen Volkfortschritt fortzulebende Sozialpolitik.

Der Bundesauschuß des ADGB, erhebt Protest gegen die immer wiederkehrenden Versuche sozialfeindlicher Kreise, unter Berufung auf die gegenwärtige Finanzlage des Reiches den Staat von seinen sozialen Verpflichtungen zu entlasten und damit die sozialen Einrichtungen zu verkleinern.

Er verwahrt sich ferner gegen alle Versuche, durch Maßnahmen irgendwelcher Art, sei es auf sozialer oder steuerlicher Ebene, eine Verschärfung der Lastenverteilung zu umgehen der minderbemittelten Bevölkerung herbeizuführen.

Zur Belebung der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches wie auch der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen sind die Hände aller Gemeinden, die Verwaltungsinstrumente mit dem Ziele der Erhaltung des Einkommensteuers, der erforderlichen Umbauten des Steuerwesens sollten nunmehr unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Lösung dieser Aufgaben muß so erfolgen, daß der Staat die Wirtschaft erhält, seine soziale Aufgabe und entsprechend seiner steigenden Bedeutung im Leben der Nation, jederzeit zu erfüllen.

Der Bundesauschuß wandte sich dann der Arbeitszeitfrage zu. Splicht begründete in kurzen Ausführungen die auf die Arbeitszeit bezüglichen Wünsche der vom Bundesvorstand gleichfalls vorgelegten Entschlieung zur Arbeitslosenunterstützung. Er berichtete zunächst über die Verhandlungen im sozialpolitischen Ausschuß und erteilte dann die Frage, ob es zweckmäßig sei, wie von verschiedener Seite angeregt worden ist, sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen eindeutig für die 40-Stunden-Woche oder den Sechsstundentag auszusprechen. Es sei natürlich sehr leicht, für diese Parolen Begründungen zu finden, aber es komme ja nicht darauf an, eine Politik der Schlagworte zu treiben.

In der Aussprache wurde geltend gemacht, daß eine präzise Fassung der Forderung der Arbeitszeitverkürzung dringend wünschenswert sei. Internationale Kongresse seien hier mit gutem Beispiel vorangegangen. Man könnte den deutschen Gewerkschaften den Vorwurf machen, daß sie einer der wichtigsten Fragen, die sich in den letzten Jahren aus der Entwicklung der Technik, aus den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt ergeben, aus dem Wege gehen, wenn sie diesen Anregungen nicht Folge leisten. Eine große Zahl berufsmäßig gelernter Arbeiter und Arbeiterinnen, z. B. in der Bekleidungsindustrie, sei brotlos. In die technisch umgestellte Industrie werden berufs-fremde Arbeiter und Arbeiterinnen herangezogen, man schult sie kostspielig — diese Art von Rationalisierung ist von katastrophaler Wirkung auf die Arbeitererschaft. Klar umschriebene Forderungen zur Arbeitszeit entsprechen daher nicht einem demagogischen politischen Agitationsbedürfnis, sie sind sachlich begründet. Man beschärfte sich sogar in Unternehmungskreisen mit diesem Problem. Es gebe aus der Arbeitslosigkeit keinen andern Ausweg als die radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Ein Redner trat daher für die 40-Stunden-Woche ein.

Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Rationalisierung keineswegs identisch sei mit der technischen und organisatorischen Verwirklichung der Wirtschaft; sie umfasse ja auch die Tendenz zur privaten Monopolbildung, zu Zusammenschlüssen in den Kartellen und Trusten. Die Rationalisierung ist in Deutschland zu einer denkbar ungünstigsten Zeit aufgenommen und durch-



geführt worden. Würde man planmäßig rationalisieren, dann müßte man dazu eine Zeit wählen, in welcher der Kapitalmarkt gesättigt und der Arbeitsmarkt schwach besetzt ist. Die Rationalisierung ist jedoch in eine Zeit gefallen, in der das Verhältnis umgekehrt war, und die Folge ist die ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit. Weniger gefährliche Folgen hätte die Rationalisierung gehabt, wenn sie zusammengefallen wäre mit der Entlastung des Arbeitsmarktes, die in diesem Jahre durch die Folgen des Geburtenausfalles während des Krieges eintreten wird. So, wie sich nun die Dinge entwickelt haben, müssen sie ausgeglichen werden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Einige Verbände, für welche die Verhältnisse einem solchen Versuch günstig sind, werden kommende Tarifverhandlungen benützen, um die Verkürzung der Arbeitszeit zu fördern. Vor allem sei die Überzeitsarbeit entschieden zu bekämpfen. Durch entsprechende Formulierungen in den Tarifverträgen und durch Einwirkung auf die Gewerbeaufsichtsbehörden muß der Bewilligung von überflüssigen Einhalt geboten werden. Die durch die Rationalisierung bewirkte gesteigerte Leistung und vermehrte Ausnutzung der Arbeitskraft, die zu erheblichen Gesundheitschädigungen für die Arbeiterschaft führte, macht eine Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich. Ferner wäre der frühere Betriebsfluß am Wochenende anzustreben. Im Zusammenhang mit den Folgen der Rationalisierung und der Arbeitslosigkeit sei sodann der Lehrlingsausbildung größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. In einigen Gewerben ist das Maß der Lehrlingsausbildung in Lehrstufengütern ausgeartet. Unter solchen Verhältnissen dürfte es nicht vorzukommen, daß Schiedssprüche, die die Arbeitszeit auf 54 und 56 Stunden in der Woche verlängern, für verbindlich erklärt werden. Dem Hinweis der Unternehmer auf ungünstigere Arbeitsbedingungen in anderen Ländern — namentlich in der Metallindustrie — sei damit zu begegnen, daß die durch die fortschrittliche Rationalisierung erreichte Produktivität der Arbeit in Deutschland die Leistungen der Industrie in anderen Ländern weit übertrifft.

Damit war die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung abgeschlossen. Der Bundesauschuß nahm die Entschließung zur Arbeitslosenunterstützung bei wenigen Stimmhaltungen an. Die Entschließung hat gerade in den Abschnitten über die Arbeitszeitfrage als Ergebnis der Beratungen des Ausschusses auf Drängen der Verbandsorgane eine schärfere Fassung erhalten:

Die anhaltende Krise des Arbeitsmarktes, durch die zur Zeit bereits aus drei Millionen arbeitsfähiger Menschen nur Ungefähr die Hälfte auf baldige Wiederbeschäftigung in den Produktionsprozess verurteilt sind, gibt den Gewerkschaften erneut Veranlassung, Regierung und Parlament auf die stetig wachsende Notlage dieser Arbeitslosen und der gesamten Arbeiterschaft hinzuwirken. Alle Bemühungen der Gewerkschaften, auf eine planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung hinzuwirken, sind bisher nicht aufrechterhalten worden. Die öffentliche Beschäftigung ist in der letzten Zeit durch die Verdrängung der Arbeitslosen durch die öffentlichen Werke, verdrängt worden. Das öffentliche Baubüro der Bundesverwaltung, der Ausbau der Postanstalten, sind die wichtigsten dieser von den Gewerkschaften bekämpften Punkte. Auf der anderen Seite verdrängt das Internerium durch die Einführung der öffentlichen Arbeiter und planmäßige Verweigerung der unvernünftigen sozialen Ausgaben, die gesamten Kosten der Arbeitslosigkeit einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen. Mit der Berücksichtigung der Arbeitslosenversicherung soll der öffentliche Abbau der Lohnwirkung unterkräftigt werden.

In dieser Lage erinnern die Gewerkschaften mit um so größerem Nachdruck ihr Bekenntnis zur Notwendigkeit einer umfassenden Sozialpolitik, durch welche die Opfer der Wirtschaftskrise bis zum Eintritt einer Besserung der gesamten Wirtschaftslage ausreichend erhalten werden. Die unentgeltliche Unterstützung des Ausmaßes und der Lebensfähigkeit der gesamten deutschen Sozialversicherung ist das wichtigste Gebot der Gegenwart, für dessen Erfüllung

# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Georg Schäß in Waltershausen  
Eingetretet: 23. Februar 1880 — Redakteur am „Waltershäuser Tageblatt“

die Arbeiterschaft sich bisher schon und auch weiterhin zur Übernahme der erforderlichen Beiträge selbstverständlich bereit erklärt hat. Darüber hinaus kann aber in Zeiten ungewöhnlicher Arbeitslosigkeit, auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel um so weniger verzichtet werden, als die finanzielle Lage der Arbeitslosenversicherung durch die Verschärfung rechtzeitiger Beitragsrückzahlung von den bürgerlichen Parteien benutzt herbeizuführen ist. Das Reich hat die Verpflichtung, den allein auf ihrer Hände Arbeit Angelegenen in Zeiten höchster wirtschaftlicher Not beizustehen. Diese Verpflichtung abzuschwächen auf die aus Beiträgen ansammelten Mitteln anderer Versicherungssträger weist der Bundesauschuß mit Entschiedenheit zurück. Jeder eine Versicherungsgemeinschaft, noch der darlehensweise Zugriff auf die Mittel der Zentralverbände und Angelegenheitsversicherung kann für eine Lösung der Finanzfrage des Reiches in Frage kommen. Eine solche Abwägung der Verpflichtung des Reiches würde nur die Leistungen und Aufgaben dieser Versicherungssträger in Betracht bringen, die Verwendung der Mitteln aus Förderung des Wohnungsbauwesens unterbinden und damit die Arbeitslosigkeit wieder mehr steigern. Daher muß auch höchste die beratliche Lösung abgelehnt werden, die zugleich neue unerfüllbare Verpflichtungen und neue Bedingungen für die Arbeitslosenversicherung schaffen würde.

Die Verabschiedung der für die Postanstalten im Reichsstatut bereitgestellten Mittel muß entschieden abgelehnt werden. Es wird im Gegenteil verlangt, daß im Reichsstatut Vorsehungen getroffen werden, um die im letzten Jahre eingeschränkten Postanstalten entsprechend dem Umfang der Arbeitslosigkeit auszubauen.

Die Solidarität der Arbeiterschaft erfordert aber weiterhin auch Berücksichtigung der Arbeitslosenversicherung, die notwendig zur Verbesserung der Arbeitslosigkeit beitragen muß. Alle Verbandsorgane wie auch die Arbeiter in den Betrieben sollen daher der Überarbeit, die heute mehr denn je unberechtigt ist, den schärfsten Widerstand entgegenstellen.

Der Bundesauschuß beschloß es darüber hinaus als das aus der gesamten Entwicklung der Wirtschaft und der Technik sich notwendig ergebende Ziel, die Arbeiterschaft gegen nachteilige Folgen der Rationalisierung und Technisierung und zugleich vor den steigenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Dieses Ziel muß insbesondere durch eine der erhöhten Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der gesteigerten Leistung der Arbeiter entsprechende allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden.

Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Schlichtungsinstanzen auf die aus der Rationalisierung sich ergebende Steigerung der Arbeitsintensität in ihren Schiedssprüchen keinerlei Rücksicht nehmen, weder durch Erhöhung der Löhne noch durch Verminderung der Arbeitszeit. Wenn sich die Rationalisierung als ein Fortschritt auswirken soll, dann ist eine andere Grundumstellung der Schlichtungsgebühren unbedingt erforderlich.

Anschloß der Tatsache, daß sich die Rationalisierung bisher vornehmlich in einer Freilegung von Arbeitskräften ausgedrückt hat, ohne daß durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Senkung der Preise neue Kaufkraft geschaffen worden wäre, fordert der Bundesauschuß erneut eine stärkere Kontrolle der Kartelle und Monopole.

Nunmehr erstattete Grafmann den Bericht des Bundesvorstandes. Er erinnerte an die wiederholten Beschlüsse und Rundgebungen des Bundesvorstandes zu den öffentlichen, politischen und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit. Mit Hilfe der Ortsauschüsse hat der Bundesvorstand eine neue Erhebung über die tatsächlich geleistete Arbeitszeit durchgeführt, deren Ergebnis demnächst vorliegen wird. Eine Konferenz der Reichsarbeitsrichter wird vom Bundesvorstand vorbereitet. In eine Reihe von Forschungsinstituten der Wirtschaft und Sozialwissenschaft sowie für Soziale Hygiene hat der Bundesvorstand Unterstützung gegeben. Zum Leiter der Bundesstelle in Bernau hat der Bundesvorstand nach sorgfältiger Vorbereitung dieser Aufgabe den bisherigen Leiter der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, Dr. Seelbach, gewählt. Im August wird in der Bundeschule das erste internationale Treffen jüngerer Gewerkschaften, veranstaltet vom IGB, stattfinden. Die Bemühungen der vom IGB, eingesehten Vierländerkommission, deren Aufgabe es ist, die Gewerkschaftsbewegung in den Grenzgebieten von Luxemburg zu fördern, stößt auf starke Widerstände, die von liberalen Kräften und von den Arbeitgeberern ausgehen. Es ist beschlossen worden, dort zunächst zwei Sekretäre anzustellen. In den Sachverständigenausschüssen, die bei den Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes mitwirken, sind Gewerkschaftsvertreter aufgenommen worden. Die Beratungen der Ausschüsse haben begonnen, scheinen aber nun eine Verzögerung zu erfahren. Die Gewerkschaftsvertreter setzen sich dafür ein, daß die Geben im Saargebiet wieder in Staatsbesitz überführt werden.

In den Vorstandsberichten schloß sich eine kurze Ansprache. Die Entscheidung über die Frage der Delegation zu dem internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm, die der dritte Vorsitzende des IGB, Hermann Müller, im Laufe der heutigen Sitzung kurz behandelt hatte, wurde auf die nächste Ausschußsitzung vertagt.

Damit fanden die Verhandlungen ihren Abschluß.

## Korrespondenzen

**Ansbach.** Am 31. Januar fand unsre von 48 Kollegen besuchte Generallerversammlung statt. Die Versammlung ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken eines in Ansbach an den Folgen eines Motorradunfalles verstorbenen Kollegen. Der Jahresbericht des Vorsitzenden Konrad Krieger beleuchtete in kurzen Umrissen das hinter uns liegende Jahr 1929 und die im neuen Jahr zu erwartenden Ereignisse. War schon vom verfloffenen Jahr wenig Erreichtes zu berichten, so dürfen wir auch von der Zukunft vorerst nichts Besseres erwarten. Aber im Vertrauen auf unsre eigene Kraft und auf unsre Organisation können wir auch der Zukunft getroßt entgegengehen. Der mit Beifall aufgenommene Jahresbericht des Vorstandes sowie der Kassenbericht des Kollegen

## August Bebel und die Gewerkschaften

Wenn August Bebel noch lebte, so könnte er in diesen Tagen seinen 90. Geburtstag feiern. Als im Jahre 1840 dem Unteroffizier Bebel in der Kaserne in Deuk bei Röttin am Rhein am 22. Februar ein Sohn geboren wurde, ahnte er wohl kaum, daß sein Sohn später der Führer der deutschen Arbeiterschaft werden würde. Noch weniger ahnten es wohl die Militärs, die an der eifrigen Soldatenspielerei des kleinen Jungen ihre Freude hatten und seinen Eifer beim Exerzieren den Soldaten als Vorbild hinstellten. Und doch wurde aus dem kleinen der große August Bebel, wurde aus dem Drehscheibengelenk und Mitglied des katholischen Gesellenvereins der von allen Feinden der Arbeiterschaft gefürchtete August Bebel, dem die Sozialdemokratische Partei mit am meisten ihr Wachstum und ihre Stärke verdankt. Aber es wäre müßig, hier die Verdienste August Bebels um die Sozialdemokratie schilfern zu wollen. Sie sind allgemein bekannt. Weniger bekannt und hier auch mehr am Plage ist, daß auch die Gewerkschaftsbewegung Bebel viel zu verdanken hat.

In seinen Erinnerungen „Aus meinem Leben“ sagt er selbst, „ich glaube mich zu ihnen (den Gewerkschaften) Geburtshefzern zählen zu dürfen“. Und alle, die ihn gekannt haben, werden wissen, daß Überhebung und Selbstlob nicht seine Art war. So war Bebel nicht nur Geburtshefzer der Gewerkschaften, sondern er stand sorgend an der Wiege, und durch seine fabelhafte organisatorische Begabung erleichterte er die Grünungszeit und den Aufstieg der Gewerkschaften nicht wenig. Auf quasi gewerkschaftliche Arbeit ließ Bebel zum ersten Male beim Streik der Leipziger Buchdrucker im Jahre 1865. Ein Buchdruckerverband bestand noch nicht, sondern nur der Buchdrucker-Fortbildungsverein, der sich aber neutral verhalten mußte, weil er sonst aufgespürt worden wäre. Der damals noch liberal eingestellte Bebel, der erst 25 Jahre alt war, wurde von dem Buchdruckerbesitzer Sonnemann, der dem gleichen Arbeiterbildungsverein wie Bebel angehörte, aufgefordert,

zwischen beiden Seiten zu vermitteln. Aus dem Briefwechsel, der in seinem Buche abgedruckt ist, sehen wir, wie klug, geschickt und zähe damals Bebel zugunsten der Buchdruckergehilfen vermittelte, so daß sie einen Teilerfolg mit ihrem Streik hatten, den sie ohne Bebels Vermittlung vielleicht nicht erreicht hätten. Bei dieser Vermittlung gingen Bebel die Augen auf über das zwiespältige Wesen des Liberalismus. Er schreibt darüber im ersten Band seines Buches: „Das Verfaßten einer Anzahl bekannter Liberaler bei den Leipziger Streiks veranlaßte mich, in Nummer 8 der Flugblätter des ständigen Ausschusses auszusprechen, es sei eine Tatsache, daß gerade von jener Seite, auf der man mit dem Volke immerwährend gleichgültig und sich als Arbeiterfreund dargestellt habe, die Forderungen der Arbeiter den entschiedensten Widerstand gefunden hätten. Es dürfe daher nicht wundernehmen, daß man selbst in Arbeiterkreisen, die mit dem Sozialismus nichts zu tun hätten, über das Gebahren eines Teiles der Fortschrittspartei nichts weniger als schmeichelhafte Urteile fällen hörte.“

Am 5., 6. und 7. September 1865 hielt der Verband Deutscher Arbeitervereine seinen bedeutungsvollen Verbandstag ab. Auf diesem Verbandstag wandte sich die übergroße Mehrzahl der Arbeitervereine mit aller Entschiedenheit vom Liberalismus ab. Bebel als Vorsitzender trat rednerisch wohl wenig hervor, aber in Wirklichkeit war er die Seele dieses Kongresses. Auf seine Initiative ist wohl auch die Annahme der Resolution zurückzuführen, wonach der Vereinstag beschloß, „den Mitgliedern des Verbandes und speziell dem Vorort (d. h. dem Vorstand) aufzugeben, für Vereinigung der Arbeiter in zentralisierten Gewerkschaften tätig zu sein“. August Bebel war nicht der Mann, für den eine Resolution eine tote papierne Angelegenheit war. Mit der ihm innewohnenden Energie sprach und agitierte er in unzahligen Versammlungen für die Gründung von Gewerkschaften und entwarf auch ein Normalkatut für Gewerkschaftsgenossenschaften. Wie er in seinen Erinnerungen berichtet, kamen auch eine

Anzahl solcher Organisationen zusammen, so die Internationale Gewerkschaften der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, der Maurer und Zimmerer, der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Schneider, Kürschner und Rappennmacher, der Schuhmacher, der Buchbinder, der Berg- und Hüttenarbeiter. Hauptstütze in Leipzig war Bebel für die Gewerkschaften unermüdlich tätig. In einer Versammlung in Gemeinschaft mit dem Kasselerischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, in der Wilhelm Liebknecht referierte, wurde ein Komitee gewählt, in dem auch Bebel vertreten war. Das Komitee lud Angehörige aller Gewerke ein, um mit diesen die Organisation von Gewerkschaften zu besprechen. Die Zusammenkünfte fanden unter Bebels Vorsitz statt und folgende Resolution, die hauptsächlich von Bebel verfaßt war, wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung beschloß: Die von der Mehrheit des Münchener Arbeitervereinstags und der Mehrheit des Berliner Arbeiterkongresses gegründeten respektive zu gründenden Gewerkschaften haben darauf hinzuwirken: daß von beiden Seiten noch gegenseitiger Verständigung eine gemeinschaftliche Generalversammlung zum Behuf der Einigung und Verschmelzung berufen werde; daß, bis eine Einigung und Verschmelzung zustande kommt, die beiderseitigen Gewerkschaften in ein Vertragsverhältnis zueinander treten, sich namentlich mit ihren Kassen gegenseitig unterstützen und womöglich einen gemeinsamen provisorischen Ausschuß wählen; daß beide Teile unter allen Umständen jede Gemeinschaft mit den (noch heute existierenden) hierich-Unterirdischen Gewerkschaften zurückweisen, die, von den Feinden der Arbeiter gestiftet, keinen andern Zweck haben, als die Organisation der Arbeiter zu hintertreiben und die Arbeiter zu Werkzeugen der Bourgeoisie herabzuwürdigen.“ Leider kam die Einigung der Liebknecht-Bebel'schen und der Kasselerischen Organisation erst viel später.

Schabe, der infolge Anschaffung einer Schreibmaschine ziemliche Ebbe der Kasse aufwies, wurden ohne Erinnerung genehmigt. Der Ortsbeitrag von 25 Pf. bleibt unverändert bestehen. Die Neuwahl des Gewerbestandes ergab in letzterer Einmütigkeit die Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder und Kartelldelegierten.

Berlin. (Drucker.) Ihre Versammlung am 16. Januar eröffnete Kollege Schumann mit einem kurzen Rückblick. Beobachtungswertenerweise fristet es immer weiter und die Zahl der Arbeitslosen nimmt erschreckend zu, eine wesentliche Entfaltung der Arbeitslosigkeit ist in Kürze wohl zu erwarten. Zu den jetzt sich häufenden Entlassungen bemerkt er aufklärend, daß wenn in Kürze schon 50 Proz. des Personals entlassen seien, man beim Gewerbetreibenden eine Sperrfrist beantragen könne. Auf entsprechende Mitteilung werde der Gewerbetreibende die weiteren Schritte unternehmen. In verschiedenen Firmen hat man dadurch erreicht, daß statt Entlassungen Kurzarbeit eingeführt wurde. Ferner berichtete Kollege Schumann von einer Krankheitsversicherung im Tiefdruck, einer Wuterkrankung, die auch das Knochenmark angreift. Bei einer Untersuchung in Frankfurt a. M. habe man diese Krankheit festgestellt und wolle nun auch hier entsprechende Schritte machen. Auf die Manteltarifverhandlungen wurde noch einmal kurz hingewiesen. Der nun folgende Vortrag des Kollegen Wendland über „Die Auswirkungen der Rationalisierung und die Tarifverhandlungen“ fand lebhaftes Interesse. Der Referent kam zunächst auf die Weltwirtschaftskrise und das dadurch entstandene Arbeitslosensproblem zu sprechen. Auch das Buchdruckgewerbe blieb nicht davon verschont. Durch das zeitliche Zusammenfallen der allgemeinen Krise mit den ersten Auswirkungen der Rationalisierung habe sich die Arbeitslosigkeit dem Umfange wie der Dauer nach empfindlich bemerkbar gemacht. Der Referent ging nunmehr ausführlich auf die Rationalisierungsbestrebungen und deren Auswirkungen ein. Schließlich behandelte er die Produktionssteigerung in unserm Gewerbe, die infolge der Einstellung unfer Unternehmer eine Arbeitslosigkeit gereizt hat, die geradezu erschreckend ist, und schloß mit einem Ausblick auf die Manteltarifverhandlungen. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seinen äußerst interessanten und instruktiven Vortrag. Unter „Verhiebenem“ wies Kollege Schumann noch auf die bevorstehenden Betriebsräte-wahlen hin und erbat, die irgendwelchen Zweifelsfragen auf dem Gewerkschaftsabend einzuhöhen.

Borna b. Leipzig. Am 19. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Wir konnten zu dieser Versammlung Dr. Hauschild (Leipzig) als Referenten und zwei Kollegen aus Weichau als neue Mitglieder des Ortsvereins begrüßen. Dr. Hauschild lud uns über „Aufgaben und Wege der allgemeinen Fortbildung erwachsener Arbeiter“. In passender Weise verstand es der Referent, den Kollegen klarzumachen, wie notwendig die allgemeine Fortbildung für die Arbeiter ist. Nachdem Vorigender Weichau dem Referenten für seine Ausführungen gedankt hatte, gab er einen ausführlichen Jahresbericht. Aus diesem konnte man ersehen, daß im Ortsverein erspriehliche Arbeit geleistet wurde. Bei der Jahresrechnung hörte man, daß Kollege Helzei die Kassenangelegenheiten aus dem vergangenen Jahre zum Wohl des Ortsvereins verwaltet hat. Der Bibliothekar berichtete, daß unser Bücherbestand auf 205 gestiegen ist. Vom Lehrlingsleiter, Kollegen Weichau, wurde er, erfuhr man, daß die Lehrlingsabteilung gute Fortschritte machte. Da der Gesamtvorstand zur Zufriedenheit der Kollegen gearbeitet hat, wurde er einstimmig wiedergewählt. Im Gewerkschaftsartikel wird der Ortsverein durch den Vorsitzenden und Kollegen Pieper vertreten. Wie im Vorjahre, so soll auch in diesem Jahre unser Stiftungsfest in Form eines Schlußfestes am 8. März abgehalten werden. Unter „Verhiebenem“ gab der Vorigende u. a. bekannt, daß am Orte eine Wirtschaftsschule gegründet worden ist, daß aber leider nur sehr wenige Kollegen sich daran beteiligen. Ferner wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erörtert.

Bremen. (Handseker.) Am 26. Januar fand hier im Vereinshaus die erste Handseker-Vorstands-konferenz des Gau Nordwest statt. Anwesend waren Delegierte aus Bremen, Aurufsen, Delmenhorst, Embden, Nienburg, Oldenburg, Verel, Begead-Blumenthal, Verden und Wilhelmshaven-Mittlingen. In das jetzt alle größeren Druckorte des Nordwestgaues vertreten waren. Eine Ausnahme machte Bremerhaven-Wesermünde, doch hoffen wir, daß sich die Kollegen auch hier zu einer Vereinigung zusammenfinden. An der Tagung nahmen außerdem Gauvorsteher Meyer, Bezirksvorsitzender Gohert sowie Vertreter der übrigen Sparten teil. Nach kurzen Begrüßungsworten und Mitteilungen hielt Vorsitzender Harmening einen interessanten Vortrag über „Zweck und Ziele der Handsekervereinigungen“. Seine Ausführungen jänden allseitige Zustimmung. Hierauf folgten die Berichte aus den einzelnen Ortsvereinen. Stimmungsbilder wurden auch aus den Orten gegeben, in denen bisher noch keine Handsekervereinigungen bestanden. Eine längere Zeit nahmen die organisatorischen Fragen in Anspruch, und es wurde einstimmig eine Besprechung über Aufbau und Ausbau unserer Bewegung im Gau, Vortragswesen, Gaubeiträge usw. ins Auge gefaßt. Kollege Fischer sprach das Wort zu einem aktuellen Thema: „Die wirtschaftliche Lage“. In größtelliger Weise erläuterte er die Lage der Weltwirtschaft und streifte dabei das Buchdruckgewerbe. Auch dieser Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Nach Erledigung des Punktes „Verhiebenes“ dankte Kollege Harmening allen Teilnehmern und schloß die zum Zwecke der Klärung und zur Stärkung unserer Bewegung abgehaltene Konferenz mit einem Hoch auf den Verband. — Dank gebührt auch einigen Firmen, die uns sehr gut ausgeführte Drucksachen überreichen ließen.

Bremen. (Korrektoren.) In unserer Hauptversammlung am 2. Februar gab der Vorsitzende einen Überblick über das abgelaufene Jahr. Vor allem war im Vorwort Bremen ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen, und jetzt sind weitmas die meisten Korrektoren der Sparte angegeschlossen. Die Versammlungen waren zum Teil nur mäßig besucht, was sehr zu bedauern ist, da viel Unregelmäßigkeit geboten wurde. In Oldenburg und Delmenhorst hat unsere Sparte festen Fuß gefaßt, leider hat sich aber aus andern größeren Druckorten trotz vieler Werbeschriften noch niemand zum Beitritt gemeldet. Mit dem Bildungsverband und den hiesigen Sparten wurde eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen, zu deren Vortragsreihe auch die Korrektoren zwei zeitgemäße Vorträge, „Kampf dem Fremdwort“ und „Zeitungsdeutsch“, beisteuerten. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Kassenprüfung ergab einen Überschuß von etwa 60 M. Der Mitgliedsbestand beläuft sich auf 24.

Breiten. Unsere Generalversammlung am 25. Januar hatte eine interessante Tagesordnung zu erledigen. Nachdem ein neues Mitglied in unsere Reihen aufgenommen worden war, gab Kollege Deiliger ein anschauliches Bild über die Tätigkeit des Vereins im verflochtenen Geschäftsjahr. Auch unsere Lehrlingsabteilung hat sich in der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Bestehens gut entwickelt und dürfte sich unter der Leitung des Kollegen Clapier, in gewählten Händen befinden. Hierauf wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt und zur Wahl geschritten. Erster Vorsitzender, Schriftführer und Lehrlingsleiter wurden einstimmig wiedergewählt. Neu gewählt wurden ein Beisitzer und ein Kartellbelegierter. In Anbetracht seines einjährigen Bestehens darf unser Ortsverein mit dem bisher Geleisteten und Errungenen zufrieden sein.

Danzig. Die Mitgliedschaft des Buchdruckervereins der Freien Stadt Danzig (Gau Danzig) versammelte sich am 15. Januar zur ersten gemeinsamen Organisationsarbeit im Jahre 1930. In Durchführung der Tagesordnung der Versammlung brachte der erste Punkt „Geschäftliches“ die Erledigung einer Reihe interner Angelegenheiten, u. a. die Befähigung der Bewegungstatistik, die mit 40 zur Arbeitslosigkeit verurteilten Berufscollegen die äußerst ungünstig liegende Konjunktur verbildlichte, was allerdings

auch hierorts schon seit langem kein Novum mehr darstellt. Beim zweiten Beratungspunkt erfolgte die Aufnahme mehrerer jung ausgemerkter Kollegen in den Verband und als unermüdetes Gegenstück dazu der Ausschluß von drei unverbesserlichen Beitragsschuldnern. Gauvorsteher Töpfer gab sodann seinen Bericht von der Gauvorsteherkonferenz. Wohl lag am Tag der Verammlung bereits ein ausführlicher Bericht darüber im „Korr.“ vor, doch wußte der Berichterstatter dem Thema verschiedentlich eine besondere und vornehmlich auf die Danziger Verhältnisse abgezielte Note zu geben. In der Aussprache wandte sich Kollege Marquardt dem Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu, wobei er sich dahin äußerte, daß bei den deutschen Tarifverhandlungen im Februar auch in dieser Frage auf ein praktisches Ergebnis hingewirkt werden müsse. — Am 30. Januar fand zur Aufarbeitung verschiedener Vereinsangelegenheiten eine Petrusensmannerversammlung statt. Neben andern Dingen vermittelte hinreichenden Stoff zur Erörterung die auch hier in Erscheinung tretende Kurzarbeit, namentlich in bezug auf die dabei zu beachtenden tariflichen Bestimmungen sowie Vorschriften der Verbandsorganisation. In einer sehr übersichtlich gehaltenen Statistik bot Gaulehrlingsleiter Kitzewski ein anschauliches Bild von dem Stand des Lehrlingswesens im großhiesigen Gewerbe Danzigs. Sowohl hinsichtlich des Verhältnisses der Lehrlingszahl zur Gehilfenzahl, wobei eine Gitterung in Sparten vorgenommen war, wie auch bezüglich der Erfassung der Jungbuchdrucker in der Lehrlingsabteilung des Verbandes und die gegebene Nachweisung interessant und aufschlußreich.

Darmstadt. Unsere gut besuchte Bezirksversammlung am 26. Januar eröffnete Bezirksvorsitzender Bolzart und gedachte zunächst eines verstorbenen jungen Kollegen in üblicher Weise. Eine besondere Ehrung wurde unserm ehemaligen Funktionär und Bezirksvorsitzenden Hildebrandt anlässlich seines 75. Geburtstages seitens des Bezirks zuteil. Kollege Bolzart gedachte in längeren Ausführungen der Verdienste unseres alten Verbands-veteranen und pries ihn der jüngeren Generation als Beispiel treuer Pflichterfüllung gegenüber dem Verband. Ein Geldgeschenk als äußeres Zeichen der Wertschätzung wurde dem Altersjubililar überreicht. Der Kollegengangsverein „Gutenberg“ brachte einige Tage zuvor, am eigentlichen Geburtstage, dem fünfundsiebzigjährigen ein Ständchen. In Ergegenheit dankte der Bezirk für all das Dargebrachte, dabei zum Ausdruck bringend, daß er nur seine Schuldigkeit getan habe. Er hege den Wunsch, seine achtzigjährigen Geburtstage noch feiern zu können, weil damit für ihn die Gelegenheit geboten wäre, das 100jährige Darmstädter Bezirksjubiläum miterleben zu können. Zwei Ausnahmen wurden getätigt, eine mußte wegen Nichterscheinens des Aufzunehmenden zurückgestellt werden. Wegen Kellners wurden zwei Kollegen ausgeschlossen. Das Hauptthema bildete die Berichtserstattung unseres Vorsitzenden über die Bezirksvorsteherkonferenz in Mannheim. Nach lebhaftem Beifall setzte eine rege Diskussion ein, die sich im allgemeinen auf der Linie des Gehörten hielt. Der vom Kollegen Brandt gegebene Kartellbericht wies ganz besonders auf die Bekämpfung der Bildung von Kommissionsunregelmäßigkeiten Erwerbsloser hin, bereit zweifelhafte Berechtigung klar auf der Hand liege. Noch einige lokale Angelegenheiten wurden im Bericht behandelt, die ebenfalls eine lebhafte Aussprache auslösten.

Dillingen (Donau). Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vorsitzender Schumann gab nach Begrüßung der Anwesenden verschiedene Einläufe bekannt und erstattete daran anschließend einen kurzen Tätigkeitsbericht. Aus diesem war zu ersehen, daß das Verammlungsleben sich im abgelaufenen Jahre in regen Bahnen bewegte. Der Mitgliedsbestand hat sich gegenüber 1928 auf gleicher Höhe gehalten. Der sodann vom Kollegen Schari gegebene Kassenbericht befriedigte allgemein, denn er wies aus, daß die Kasse mit einem ganz netten Überschuß abgeschlossen werden konnte. Dem getreuen Sachwalter der Finanzen wurde Entlastung erteilt. Bei den Vorstands-

Als im Juni 1872 in Erfurt ein Gewerkschaftskongreß der sogenannten Eisenacher Richtung zusammentrat, war zwar Bebel nicht anwesend, aber er entwickelte im „Volksstaat“ sein Programm für den Kongreß, in dem er u. a. ausführt: „In der Welt der Gewerkschaften beruht die Zukunft der Arbeiterklasse; sie ist es, in der die Massen zum Klassenbewußtsein kommen, den Kampf mit der Kapitalmacht führen lernen und so, naturgemäß, die Arbeiter zu Sozialisten machen!“

Gleich darauf, im Juli 1872, wurde Bebel ein Opfer der Klassenjustiz. Er mußte eine lange Festungshaft und Gefängnisstrafe durchmachen. Wieder in der Freiheit, machte die gemeinhine Arbeit für die Partei es ihm unmöglich, noch weiter in derselben intensiven Art für die Gewerkschaften zu wirken. Stets aber blieb er in innigem geistigen Kontakt mit der Gewerkschaftsbewegung. Davon zeugen die vielen Reden auf den Parteitag, von denen Gewerkschaftler wie Adolf Braun behaupten, daß, wenn diese Reden zusammengefaßt würden, man sich keine bessere Gewerkschaftsbroschüre vorstellen könne. Was Bebel den Gewerkschaften durch seine parlamentarische Arbeit genügt hat, ist wert, daß man es erwähnt. Der Vorhänger des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Schweitzer hatte im Norddeutschen Reichstag bei der Beratung der neuen Gewerbeordnung verschiedene Anträge betreffs Arbeiter-schutz eingebracht, die von Bebel lebhaft unterstützt wurden, wobei — wie Wehring in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ schreibt — Bebel durch seine gewinnende Beredsamkeit die Stimm und Konjunkten (die eifrigen Gegner der Anträge) trefflich abzumumpfen verstand. Die proletarische Opposition im Norddeutschen Reichstag hatte aber fast keine praktischen Erfolge. Nur ein Antrag Bebels, die gesetzliche Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern aufzuheben, wurde angenommen. 1884 legte Bebel — unterstützt von Grillenberger — dem Reichstag einen Entwurf betreffs Abänderung der Gewerbeordnung vor, der schon mehr ein Arbeiterrechtssystem war; denn er suchte zu regeln die

Arbeit in Strafanstalten, den Gewerbebetrieb im allgemeinen, der Hilfsperionen und Lehrlinge, den Magazinal-arbeitstag, die Sonntagsarbeit, die Arbeitsämter, Schiedsgerichte, die Arbeiterkammern, das Koalitionsrecht und die Strafbestimmungen usw. Weiter wurde darin der Reichskanzler ersucht, eine Einladung an die Regierungen der wichtigsten Industrieländer zu einer Konferenz ergehen zu lassen zum Zwecke einer gemeinsamen Regelung des Arbeiter-schutzes. Aber es würde zu weit führen, alle Besuche Bebels zur Verbesserung des Arbeiter-schutzes hier aufzuzählen. Erinnert sei nur noch an die Arbeit von ihm „Die Lage der Bäderarbeiter“, die riesiges Aufsehen machte und die deutsche Regierung sogar zwang, eine amtliche Enquete über die Arbeitsbedingungen in den Bädereien und Konditoreien herauszugeben und die zum Schrecken ihrer Arbeiter — die Bebels Buch widerlegen wollten — feststellte, daß die wirkliche Lage der Bäderarbeiter noch viel schlimmer war als die der vorstehende und genaue Bebel geschildert hatte. Ein ähnliches Aufsehen erregte auch seine Arbeit: „Wie unsere Arbeiter leben“, in welchem er das Elend der Arbeiter seines Wahlkreises Meerane (Sachsen) aufzeigte. Ungeheures sozialpolitisches Material enthält auch sein bekanntes Buch: „Die Frau und der Sozialismus“. Dieses Buch sollte eigentlich jeder Arbeiter in seinem Besitz haben. Mit Leidenschaftlichkeit und glühender Beredsamkeit fordert Bebel in diesem Buch die Befreiung der Frau aus taufendjähriger wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung.

Als das Sozialistengesetz auch die Gewerkschaften unterdrückte, war es Bebel, der selbst in der Zeit der heftigsten Verfolgungen Möglichkeiten fand, für die Gewerkschaften zu wirken und den Mut aufbrachte, in Versammlungen zu sprechen. Die schon genannten Schriften Bebels über die Arbeiter und Bäder entstanden in der Zeit des Sozialistengesetzes und trugen viel zur Förderung der gewerkschaftlichen Ideen bei. Auf dem Kölner Parteitag erklärte Bebel, „die Hälfte meiner Tätigkeit in Versammlungen in Berlin entfällt auf die Fachvereine“.

Stets hat Bebel das richtige Verständnis für die Gewerkschaften gehabt. Das ergibt sich am besten aus den Ausführungen in seiner berühmten Massenstreikrede auf dem Jenaer Parteitag 1905: „Ich habe niemals die politische Neutralität der Gewerkschaften in politischen Dingen vertreten, sondern nur gesagt, daß die Gewerkschaften sich nicht als Anhänger einer politischen Partei betrachten dürfen, weil sie genötigt sind, alle Arbeiter in ihrer Mitte aufzunehmen und diese Aufnahme nicht von einem politischen Glaubensbekenntnis abhängig machen dürfen. Die Gewerkschaftsbücher und Redner haben alle Pflicht, immer wieder ihren Mitgliedern zu sagen: Ihr seid Arbeiter und als solche Staatsbürger und als Staatsbürger an allen Fragen des Staates und der Gesetzgebung interessiert. Wenn so an der Aufführung der Arbeiter gearbeitet wird, dann mache ich mich anheißig, ein Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr so zu redigieren, daß das Wort Sozialdemokrat überhaupt nicht fällt und die Leser doch Sozialdemokraten werden ....“

Nun noch einige Worte über den Menschen August Bebel. Wenn es je einen Arbeiterführer gegeben hat, der es im wahren Sinne des Wortes war, so ist es August Bebel gewesen. Als einfacher, mit dürftiger Volksschulbildung ausgestatteter Arbeiter hat er es zu einem von den herrschenden Gewalten bestgehabten und gefürchteten Politiker, von den Unterdrückten dagegen hochverehrten und geliebten Führer gebracht, dessen privates Leben stets tadellos und eines proletarischen Führers würdig war. Stets fleißig, ein guter Gatte und Vater, ein stets treuer Freund, mit einer frohen Kampfnatur ausgestattet, genöf er in den weitesten Kreisen Verehrung und Achtung. Und wenn wir heute seiner gedenken, so nicht zuletzt wegen der Beharrlichkeit und unwandelbaren Treue zur Sache der Arbeiter-schaft und wegen seines erhabenen Beispiels, das er den Arbeitern gegeben hat.



wahlen zeigte sich eine erfreuliche Einmütigkeit. Die bisherigen Kollegen wurden einstimmig wiedergewählt. Unter dem letzten Tagesordnungspunkt wurde noch eine lebhaft ausgeführte über die Ortskrankenkasse gepflogen und dem Anschluß an die Lainger Ortskrankenkasse, der für die Versicherten große Vorteile bietet, das Wort geredet.

**Donaudörfl.** Am 26. Januar tagte hier die Generalversammlung des Bezirksvereins Donaudörfl-Dillingen, die von den Kollegen aus den Druckorten Günzburg, Dillingen, Lauingen, Gundelfingen, Höchstädt, Donaudörfl und Wertingen überaus zahlreich besucht war. Kollege Maier (Donaudörfl) eröffnete die Versammlung mit begründenden Worten. Sein besonderer Gruß galt dem Gauvorsitzer Böhmig (München), der als Referent der Versammlung bewohnte. Sodann erstattete der Vorsitzende einen kurzen Jahresbericht. Der Kassierbericht des Kassierers Kaulsch (Donaudörfl) wies einen sehr guten Stand der Finanzen auf. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf referierte Kollege Döllinger über „Die tarifliche und wirtschaftliche Lage im Buchdruckgewerbe“ mit gleichzeitiger Berichterstattung über die Gauvorsitzerkonferenz. Das Referat bot viel Interessantes und wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Die im Anschluß hieran vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab eine völlige Neubestellung der einzelnen Posten. Es wurden u. a. als erster Vorsitzender Schmuck (Lauingen) und als Kassierer Kollege Kerdner (Dillingen), als Schriftführer Kollege Kuhnbauser (Donaudörfl) gewählt. Unter „Wünschen und Anträgen“ kamen noch verschiedene wichtige Angelegenheiten zur Sprache, die eine lebhaft diskutierte und schließlich alle eine befriedigende Lösung fanden. Mit dem Dank an die erschienenen Kollegen und ganz besonders an den Referenten schloß der Vorsitzende die ruhig und sachlich verlaufene Versammlung.

**Dresden.** (Handseher.) Am 25. Januar fand unsere Hauptversammlung statt. Nach einer kurzen Begrüßung der erschienenen Gauvorsitzungsmitglieder und Vertreter der Parteien erstattete der Vorsitzende Hoffmann den Jahresbericht. Wenn auch das Interesse der Handseher an ihrer Sparte hier am Orte noch sehr im argen liegt, so kann man doch im Gau wie im Bezirk erfreulicherweise einen Auftrieb feststellen. Insgesamt 54 Vereingliederungsträger wurden im vergangenen Jahre vorgenommen. Hierbei wies er auf das mißliche Verhältnis innerhalb der Kollegenschaft bei der Zeitberechnung hin. Das Verhältnis zwischen uns und den übrigen Sparten war ein gutes. Mit der Ermahnung zu besserem Veranlassungsbezug im kommenden Jahre schloß der Vorsitzende seinen ausführlichen Bericht. Der Kassierbericht des Kollegen Wagner zeigte, daß alles in bester Ordnung war. In der Aussprache wurde dem Vorstand Dank für seine Tätigkeit erstattet und das Verpflegen zu regem Veranlassungsbezug abgegeben. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Beitragserhöhung auf wöchentlich 10 Pf. wurde einstimmig angenommen. Für den 15. Juni dieses Jahres wurde eine Wanderversammlung festgelegt. Bei den Neuwahlen wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Mit Rücksicht auf die Kassierverhältnisse verabschiedete der Vorstand eine „Entschädigung“ unter „Verabschiedenem“ wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erörtert.

**Dresden.** (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Unsere Hauptversammlung am 26. Januar hatte einen guten Verlauf zu verzeichnen. Bei Eröffnung der Versammlung begrüßte der Vorsitzende besonders die Vertreter des Gauverbandes und der Parteien sowie die erschienenen Provinzkollegen, ferner ehrte er das Abgehen eines Kollegen. Nach Erledigung der Vereinsmitteilungen und der Eingänge gab Kollege Walsch eine eingehenden Bericht über das verfloßene Vereinsjahr. Selbiger wurde von der Versammlung ohne Debatte gutgeheißen. Der Vorsitzende ging ferner kurz auf die Tarifverhandlungen ein und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die auf dem Kongreß beschlossenen Anträge zur Durchführung gelangen mögen. Ferner erwähnte er die Kollegen, auf strenge Einhaltung der Beitragskassell und auf strikte Durchführung unserer Sonderbestimmungen zu achten. Hierauf gab der Kassierer den Kassierbericht, und es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Unter „Verabschiedenem“ wurden noch einige technische und geschäftliche Fragen erörtert. — Anschließend an die Versammlung fand ein gemütliches Beisammensein mit Damen und Angehörigen statt. Tanz und humoristische Einlagen sorgten für Hebung, und es kam auch hier der kollegiale Geist der Stereotypen- und Galvanoplastiker zum Ausdruck.

**Essen.** Unsere am 2. Februar hier abgehaltene Bezirksversammlung wies einen guten Verlauf auf. Zur Einleitung sang uns „Typographia“ einige gut zu Gehör gebrachte Lieder. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender Böhmig in warm empfundenen Worten eines verstorbenen Kollegen. Nach Erledigung der „Geschäftlichen Mitteilungen“ verdrückte sich der Vorsitzende in Anlehnung an den gedruckten vorliegenden Jahres- und Kassierbericht über die augenblickliche Krise, die die schlimmsten Befürchtungen übertrifft. Sind doch augenblicklich im Bezirk 120 Kollegen arbeitslos und diese Ziffer erhöht sich noch ständig. Topf sei das Auftreten der Geschäftsleitungen und Faktoren, die vermehren, sich den Zeitverhältnissen entsprechend dem Personal gegenüber bemerkbar machen zu können. Es fehle auch nicht an Versuchen, den Tarif in dieser oder jener Form zu durchbrechen, Sonderverträge mit dem Prinzip unartiklischer Entlohnung mit Gehältern abzuschließen. Allen diesen Bestrebungen müsse nachdrücklich begegnet werden. Preisunterbietungen, kurze Lieferfristen, die sich wiederum in verlangte Überstunden auswirken, vervollständigen das unerfreuliche Bild. Zu begründen sei es, daß der DGB, im Benehmen mit der SPD, sich gegen die schädliche Überdrosselungspolitik der Auslandsrechte wandle und im Interesse der Wirtschaftsebene eine Abkehr von diesen Maßnahmen fordert. Im übrigen kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß wir uns im Bezirk gut gehalten haben. Der Mitgliederstand ist gegenüber dem Vorjahre etwas gestiegen, der Kassierstand trotz starker Zahlungsansprüche ein guter. Die Beihilfsabteilung ist etwas zurückgegangen. Der Hoffnung Ausdruck gebend, daß der Gemeinschaftsgeist die augenblickliche Krise überwinden

müßig, schloß der Vorsitzende seine Darlegungen zum Jahresbericht. Nach angenommener Entlastung gab Kollege Böhmig einen Bericht über die Bezirksvorsitzerkonferenz. Daran knüpfte sich eine kurze Diskussion. Sodann befaßte sich die Versammlung mit der beabsichtigten Anstellung eines Bezirksverwalters. Kollege Lange als Vorsitzender der gewählten Kommission begründete die Auffassung der Kommission, die ihren Niederschlag in einem Antrag fand, der die Anstellung eines Kollegen zum 1. April unter gleichzeitiger Erhöhung des Bezirksbeitrags um 10 Pf. für diesen Zweck vorschlägt. Herrschte bei der Aussprache Einmütigkeit in der Beurteilung darüber, daß den Hauptfunktionen weiterhin die nebenamtliche Erledigung der Geschäfte des Bezirks nicht mehr zugemutet werden könne, so war die Meinung über den finanziellen Teil des Antrages geteilt. Während ein Vorschlag dahin ging, daß der Gauverband die Finanzierung des Postens übernehmen solle, war ein anderer Redner der Auffassung, daß die Kosten der Anstellung unter Verwendung der Niedererhaltung aus der Bezirkskasse gedeckt werden könne. Auch wurde ausgeführt, daß die augenblickliche Lage nicht geeignet sei, zum 1. April die Anstellung zu tätigen und vorgeschlagen, die Verwirklichung des Projekts um ein halbes Jahr zu verschieben. Nach längerem Zögern und Widerstande wurde die Versammlung mit Dreiviertelmehrheit für den Antrag der Kommission und beauftragte diese, in Gemeinschaft mit dem Ortsvereinsvorstand die weiteren Schritte in der Anstellungsfrage zu unternehmen. Der „Typographia“ wurden 200 M. für Wiederanschaffungen zugewiesen. Mit dem Wunsche, daß sich das Beschlößene im Interesse der Organisation auswirken möge, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Ausklang.

**Essen a. N.** Unsere Hauptversammlung am 27. Januar zeigte einen erfreulichen Verlauf. Nach Begrüßung einiger Mitteilungen gab Vorsitzender Guckert den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß die gewerkschaftliche Arbeit sich in ruhigen Bahnen entwickelt hat. Die Mitgliederzahl hat sich erhöht, Leider trat auch hier im letzten Halbjahr eine langsame Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein. Kassierer Wolf, angelobendes Bild bot. Außerordentlich stark war der Durchreisendenverkehr, trotz kleiner Reduzierung wurde an 491 Durchreisende die Summe von 429 M. ausbezahlt. Auch der Kranken- und Arbeitslosenstand war ein größerer als im Vorjahr. Anschließend berichtete Schriftführer Pieper über die Tätigkeit in der Beihilfsabteilung. Dieser sind 22 Lehrlinge angeschlossen, denen mit Vorträgen, Kundendungen und Ausflügen gebient wurde. Die Berichte aus den Betrieben ergaben, daß die tariflichen Verhältnisse in Ordnung sind. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsvorstand war eine gute; ferner kann auch die Büchergabe dank früher Werbung, besonders auch in Nichtbuchdruckbetrieben, wiederum einen erfreulichen Zuwachs büßen. Der Bibliothek des DGB wurde ein Beitrag von 25 M. bewilligt. Der Punkt „Neuwahlen“ fand rasche Erledigung. Einstimmig wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Des Weiteren fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung. Mit einem lebhaften Applaus an die „Versammlung“ hielt der Vorstand die Organisation zu heben und lebhaftes Interesse am Vereinsleben und Vereinsleben zu zeigen, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

**Frankfurt (Main).** Unsere Hauptversammlung fand am 18. Januar statt und war von etwa 50 Pro. der Kollegen besucht. Nach Erstattung der einzelnen Jahresberichte folgte lebhaft Debatt und Kritik an der Arbeit des Vorstandes ein. Das bewirkte, daß außer dem Kassierer ein neuer Vorstand gewählt wurde. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Fickler gewählt. Sogleich gelang es dem neuen Vorstand, ein kollegiales Zusammenhalten anzubahnen. Einen breiten Raum nahm die Debatte über ein Volksausprojekt ein. Außerdem wurde ein kritischer Punkt bezüglich eines Lehrlings behandelt. Die Versammlung verließ außerordentlich lebhaft.

**Gera.** Unsere Hauptversammlung am 30. Januar hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Schon der Punkt „Vereinsmitteilungen“ brachte eine Fülle von wichtigen Angelegenheiten, und nach Aufnahme eines Mitgliedes und Ausschluß eines Mitgliedes wegen Nesters wurde vom Kollege Marx die Abrechnung vom vierten Vierteljahr 1929 gegeben. Ohne Aussprache wurde ihm Entlastung erteilt. Es folgten dann die Jahresberichte. Aus dem des Vorsitzenden Kaulsch war zu entnehmen, daß das abgelaufene Jahr für die Mitglieder in Gera absolut nichts Gutes gebracht hat. Überaus große und das ganze Jahr über anhaltende Arbeitslosigkeit der Mitglieder, hervorgehoben durch Fallieren einiger Betriebe, vermehrte Aufstellung von Semajnschinnen und Mangel an Druckaufträgen waren die Ursachen. Gab doch die Ortskasse an Zuschuß zur Ortsunterstützung in den drei ersten Vierteljahren (mit Ende des dritten Vierteljahres wurde diese Zuschußeinrichtung entsprechend den Beschlüssen des Verbandstages in Frankfurt aufgehoben) an 74 Mitglieder von rund 200 Mitgliedern den Betrag von 789,75 M. und für 333 Durchreisende an Schlafmarken 529,50 M. aus. Außerdem an Beiträgen an den Ortsauschuh und zur Erhaltung eines Gewerkschaftshauses 1078,50 M. Um all diese Ausgaben neben andern bedenken zu können, war in der vorjährigen Jahresversammlung der Ortsbeitrag von 20 Pf. auf 40 Pf. erhöht worden. Eine ganze Anzahl von Klagen vor dem Arbeitsgericht Gera wurden von dem Vorsitzenden als Prozeßvertreter der Kollegen durchgefochten und hatten nur teilweise positives Ergebnis in den Fällen, die sich in der Hauptsache gegen die Firma C. Seifert in Bad Köstritz richteten. Trotz der erfolgten Beurteilung der genannten Firma konnten die Kollegen ihre rechtlichen Lohngehälter nicht erhalten, da alle Forderungen erfolglos blieben. Durch das Eingehen verschiedener Betriebe usw. mußten die Lehrlinge auf andere Betriebe teilweise übernommen werden, wodurch dann verschiedentlich Überschreitungen der Beihilfsstufen eintraten. Gegen zwei Geraer Firmen wurde die Entziehung der Beihilfsberechtigung beantragt, da diese Betriebe absolut nicht den Anforderungen einer ordentlichen Ausbildung entsprechen können. Der Kassierbericht lag den Mitgliedern getruht vor. Es wurden hiergegen sowie gegen den Bericht des Vorsitzenden keinerlei Einsprüche erhoben. Auch die Berichte der übrigen Funktionäre wurden debattellos entgegengenommen. Dem Antrage des

Vorstandes, den Ortsbeitrag von Februar ab auf 30 Pf. festzusetzen (ihm entgegenstand der Antrag eines Mitgliedes auf 20 Pf., dem in der Abstimmung nur von sieben Mitgliedern beigestimmt wurde), wurde nach längerer Aussprache zugestimmt. Der Punkt „Neuwahlen“ brachte die Wiederwahl des alten Vorstandes. Ein Kassierpräsident und ebenso zwei Beihilfsleiter wurden neugewählt, da die bisher amtierenden Kollegen (Sante, Trautmann und Zimmermann) eine Wiederwahl ablehnten. Für ihre jahrelange Tätigkeit sprach ihnen der Vorsitzende den Dank der Organisation aus. Die übrigen Ämter blieben in der alten Besetzung. In Bad Köstritz (Buchdruckerei C. Seifert) haben die Gehälter und Beihilfen wiederum vor wenigen Tagen die Arbeitsstätte wegen Lohnrückständen (chronische Erscheinung seit Jahresfrist) verlassen. Das Unternehmen soll nun durch einen Hauptgläubiger vorläufig weiter betrieben und ein Verkauf angestrebt werden, der hoffentlich bald erfolgt. Unter „Verabschiedenem“ wurden noch mehrere Angelegenheiten besprochen.

**Gießen.** (Handseher.) Unsere Hauptversammlung am 25. Januar hatte sich einen guten Verlauf zu erfreuen. Vorsitzender Schneider gab nach geschäftlichen Mitteilungen den Jahresbericht, in dem sich eine rege Tätigkeit widerspiegelte. Den festen Ausbau der Sparte in unserm Gausgebiet behandelte er mit besonderer Gründlichkeit, darauf hinweisend, daß auch in den Druckorten, wo bis jetzt eine Handsehervereintigung noch nicht besteht, die Kollegen aufgerufen werden müssen. Hinsichtlich des Veranlassungsbezugs sei gesagt, daß er im Durchschnitt 65 Pro. betrug. Der Mitgliederstand betrug am Ende des Jahres 70. Die Kassierverhältnisse sind als gesund zu bezeichnen. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorsitzende und als Kassierer Kollege Waidler wiedergewählt. Am Schluß der Versammlung ernannte der Vorsitzende, weiterhin mitzuarbeiten im Dienste der Sparte und der Gesamtorganisation: Kollegialität und Solidarität als oberstes Geheiß betrachten.

**Göppingen.** Unsere Generalversammlung am 24. Januar hatte sich einen guten Verlauf zu erfreuen. Vor Erstattung des Jahresberichts gedachte Vorsitzender Weidlich eines verstorbenen Kollegen aus Geislingen a. St., dessen Verdienste um das Bildungswesen er besonders würdigte. Sein Abgehen wurde in üblicher Weise geehrt. Der Rückblick des Vorsitzenden über das verfloßene Jahr ließ erkennen, daß unsere Organisation von einer Arbeitslosigkeit in nie gekanntem Ausmaße ergriffen wurde, die auch an unserm Orte nicht spurlos vorüberging. Der Mitgliederstand schwankt zwischen 95 und 100, wovon durchschnittlich etwa die Hälfte die Versammlungen besucht, gegen das Vorjahr eine kleine Besserung. In der Beihilfsabteilung, der sämtliche Lehrlinge (24) angehören, pulsierte zu Beginn des vergangenen Jahres reges Leben, leider wurden die Zusammenkünfte im letzten Vierteljahr seltener, woran zum großen Teil die Lehrlinge selbst Schuld tragen. Der vom Kassierer vorgetragene, erstmals gedruckt vorliegende Kassierbericht wies ein gutes Bild auf und es gebührt unserm Kollegen Wurster, der seit zehn Jahren ununterbrochen die Kassengeschäfte in gewohnt würdevoller Weise führt, volles Lob. Der Antrag auf Entlastung erfolgte einstimmig. Die Wahlen gingen rasch vonstatten, da der Vorstand per Affirmation wiedergewählt wurde und auch die übrigen Vorstandmitglieder auf ihren Posten verblieben. Der vom Verbandsvorstand mit Zustimmung der Gauvorsitzerkonferenz beschlossene Extrabeitrag von 10 Pf. zur weiteren Verlängerung der Kostensubvention an ausgezeuete Kollegen war Gegenstand sehr ausgebehrter und lebhafter Debatte. Von verschiedenen Kollegen wurde eine Erhöhung dieses Beitrages das Wort geredet, und auch ein im Laufe der Aussprache eingereicherter Antrag folgendes Wortlauts von der Mehrheit angenommen: „Die heutige Generalversammlung beschließt, beim Gauverband darauf hinzuwirken, den Verhältnissen entsprechend eine höhere Beitragsleistung als 10 Pf. zu fordern.“ Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten ernannte der Vorsitzende die Kollegen zur Einigkeit und Geschlossenheit.

**Greifswald.** (Machinenseher.) Unsere Generalversammlung am 1. Februar erfreute sich eines vollständigen Besuchs. Die Versammlung ehrte das Abgehen eines Kollegen in üblicher Weise. Verschiedene Eingänge wurden besprochen, so u. a. auch die durch Mundschreiben bekanntgegebene Zusammenkunft der neuen Zentral-Kommission. Allgemeine Aufmerksamkeit fand die ebenfalls in einem Mundschreiben der Zentralkommission sowie vorher im „Korr.“ veröffentlichte internationale Statistik über Buchstabenleistung usw. an den Semajnschinnen. Der Jahresbericht lag gedruckt vor. Vorsitzender Paul Lehmann erstattete alsdann Bericht über die am 26. Januar in Stettin erfolgte Kassiervereintigung. Vertreter waren außer Stettin die Kollegen aus Kolberg, die aus Schneidemühl und ein Kollege aus Greifswald. Die Kasse ist als Reisezuschüsse gebildet und soll den Kollegen aus den Bezirken ermöglichen, als Delegierte an der alljährlich einmal in Stettin tagenden Versammlung der Gauvereintigung teilzunehmen. Es wurde ein Delegiertenmodus von 1:3 beschlossen. Der Beitrag beträgt ab 1. Januar 1930 5 Pf. pro Mitglied und Woche. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt und erfährt eine Erweiterung durch Wahl zweier Kollegen.

**Krefeld.** Unsere Hauptversammlung am 25. Januar gedachte eines ab dem Leben geschiedenen Kollegen in üblicher Weise. Sodann erfolgten zwei Aufnahmen. Der Vorsitzende berichtete dann in gewohnter Weise über die Bezirksvorsitzerkonferenz und machte in längerer Ausführung die Versammlung mit den kommenden Tarifverhandlungen vertraut. Das Resultat der Vorverhandlungen in Rheinland-Westfalen zur Neuregelung der Ortszuschläge löste unter der Kollegenschaft starkes Mißfallen aus, wovon wegen eine vom Verbandsvorstand festgesetzte Extrazuschußleistung für ausgezeuete Kollegen freudige Aufnahme fand, die darin gipfelte, trotz der schweren Zeit diese Kollegen über Wasser zu halten, die ein Opfer der Wirtschaftskrise und des Wonnens wurden. Der vom Kassierer vorgetragene Kassierbericht fand auf gesunder Basis, trotz großer Gebausgaben im verfloßenen Jahre. Leider mußten auch wiederum aus der Kiste der Restanten zwei Kollegen ausgeschlossen werden, einer nach 28 Mitgliedsjahren, die somit ihrer jahrelang erworbenen Rechte verlustig gingen. Eine Mahnung an alle, die ihre Beitragszahlung nicht



pünktlich durchführen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung „Wahlen“, wurde glatt unter Dach und Fach gebracht und der bisherige Vorstand, mit Ausnahme eines ausfallenden Beisitzers, für das Jahr 1930 wieder bestätigt. Als eine Zurechtweisung sondergleichen mußte die Verbringungsverordnung beachtet werden, die durch den Rundfunk des westdeutschen Senders ging, wie ein Verbringungssteuerner Berichtete. Dort schilderte der Redner vor dem Mikrophon die gute Geschäfts- und Verdienstmöglichkeit im Buchdruckgewerbe und erklärte, daß ein Berufswechsel so gut wie ausgeschlossen sei. Die Meinung der Verbringungsverordnung ging dahin, ob es nicht angebracht sei, von Geheißenseite aus diese Einwirkung zu benehmen, um solchen Rednern ihren Propagandastadium wegzublasen.

**Jahr i. B.** In der Generalversammlung am 25. Januar hatte einen verhältnismäßig guten Besuch aufzuweisen. Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Reibel war zu entnehmen, daß eine Menge wertvoller Arbeit geleistet wurde, die sich zum Vorteil unserer Mitglieder auswirkte. Die Konjunktur, die zu Anfang des Jahres noch gut zu nennen war, hat langsam nachgelassen. Infolge der damit verbundenen Entlassungen mußten verschiedene Schwierigkeiten und Differenzen beigelegt werden, was nicht zum Nachteil der Geheißenseite geschah. Auch gegen geplante Überforderungen wurde eingeschritten; als Erfolg konnte die Einstellung von Arbeitslosen gebucht werden. Der Bericht des Kollegen Schürz zeigte einen günstigen Kasienstand und auch der Bibliothekar konnte von einem vorbildlichen Bibliotheksbetrieb berichten. Dementsprechend verlief auch die Vorstandswahl reibungslos. Das Vertrauen der Mitgliedschaft lag in der einstimmigen Wiederwahl des bisherigen Vorstandes zum Ausdruck. An Stelle eines abgereisten Beisitzers wurde Kollege Dreher zugleich als Ortsleiter in den Vorstand neu gewählt. Nach Abschluß von zwei Restanten, Bewilligung eines Zehrgeldes an die angeworbenen Arbeitslosen und Erledigung einiger interner Angelegenheiten konnte der Vorsitzende die so harmonisch verlaufene Versammlung schließen. Es wäre nur noch zu wünschen, daß auch die im kommenden Jahr abzuhaltenden Versammlungen so gut besucht werden wie die Generalversammlung.

**Landshut.** (Handseher.) Am 26. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Besuch hätte ein regeres sein können, da ein anfangliches Referat auf der Tagesordnung stand. Um so mehr zeigte die anwesenden Kollegen Interesse für die Ausführungen des Vorsitzenden Neumayer. Dieser gab einen Rückblick über das abgelaufene Jahr. Über die Kasienverhältnisse berichtete Kollege Brandl in ausführlicher Weise. Eine Verammlung in Dingolfing und die Ausgabe von Werbemitteln brachte einen Zuwachs von fünf Kollegen, so daß der jetzige Mitgliederstand 16 beträgt. Was im abgelaufenen Jahre an Arbeit geleistet wurde, fand die Anerkennung unserer Kollegen. Allgemeine Beteiligung lösten die Berechnungen und Kalkulationen von Druckerarbeiten aus. Gilt es doch, nicht bloß die Zusammengehörigkeit, sondern auch wirklich praktische Arbeit zu leisten, die jedem Kollegen im täglichen Schaffen von großem Nutzen sein kann. In den Vorstand wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Kollege Stadler leitete im Namen der Mitgliedschaft dem Vorstand für seine geleistete Arbeit und gab dem Wunsch Ausdruck, es möchten sich alle Außenstehenden Zusammenfinden zum großen ganzen in gemeinsamer Arbeit für unsere Handseherpartei. — Es folgte noch ein gemittigtes Beifallmessen.

**Leipzig.** (Korrektoren.) In der Hauptversammlung am 26. Januar fand. Sie mußte wegen des Domizilwechsels des Vorsitzenden Sonntagvormittags abgehalten werden. Kollege Schmedel war noch einmal aus Magdeburg herübergekommen, um den Geschäftsbericht des Vorstandes selbst zu geben. Unter „Bereinsmitteilungen“ wies er auf den hohen Arbeitslohnstand hin, der mit 35 eine in der Geschichte des Leipziger Korrektorenvereins nie erreichte Höhe hat und selbst von Berlin bei doppelter Verbandsmitgliedszahl nicht erreicht wird. Es muß deshalb noch mehr nach Arbeitsgelegenheit Umschau gehalten werden. Da immer noch eine Anzahl Druckerien ohne Korrektoren sind, soll eine Umfrage bei den betreffenden Betriebsräten vorgenommen werden, wer die Korrektoren in der Druckerei liebt. Die Firma Scherl ist mit ihrer Schabenerfassung gegen den Leipziger Gau und seinen Vorsitzenden vom Arbeitsgericht abgewiesen worden. Dagegen wurde sie erneut verurteilt, den Adreßbuchkorrektoren den tariflichen Lohn zu zahlen. Durch den Ausstand des Seherpersonals wurde die Firma gezwungen, den Druck des Adreßbuches zwei Leipziger Druckereien zu übertragen, die auch die ausstehenden Seher eingestellt haben. Der Verbleib für Deutsch und Rechtschreibung, der von über 80 Kollegen besucht war, ist abgeschlossen. Er findet eine Wiederholung, die an Stelle des Kollegen Schmiedel vom Kollegen Erdmann geleitet wird. Darauf erstattete Kollege Schmedel den Jahresbericht. Den Kasienbericht erstattete Kollege Triller. Infolge der hohen Kosten unseres 25jährigen Jubiläums ist der gesamte Kasienbestand aufgebraucht worden. Die rückständigen Beiträge bei der Zentralkommission sollen aber baldigt beigetragen werden. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Sellwig gab als Vorsitzender des Rechtfreiaussschusses einen Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses, der sich auch mit der Kleinschreibung befaßt hat. Er hat sich dafür entschieden, die Kleinschreibung nicht zu befürworten, sondern der Entwicklung ihren Lauf zu lassen. Nach 25jähriger Tätigkeit im Rechtfreiaussschuß hat Kollege Sellwig, ihn von dem Amt des Vorsitzenden zu entbinden. An seine Stelle wurde Kollege Thiemer gewählt. Bei der Wahl des Vorstandes wurde u. a. Kollege Ludwig Stauch als Vorsitzender gewählt. Er dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und dem Kollegen Schmiedel für sein bisheriges Wirken. Nach Erledigung einiger Fragen schloß Kollege Schmedel die Versammlung mit dem Wunsch, daß die Mitglieder der Versammlung im Anschluß daran noch eine familiäre Abschiedsfeier für den Kollegen Schmiedel stattfinden möge.

**Vörrach.** In unserer Generalversammlung am 8. Februar gab Vorsitzender Erff einen kurzen Jahresbericht, aus dem erwähnenswert ist, daß unsern 38 Ortsvereinsmitgliedern 17 Lehrlinge gegenüberstellen. Wenn man dann noch in Betracht zieht, daß etwa zehn Kollegen dauernd arbeitslos sind, so muß man 17 Lehrlinge 28 Ge-

hilfen gegenüberstellen, was man als Krebschaden bezeichnen muß. Dieser Zustand wurde durch die vielen kleinen Druckerien, die zwei Geheißenseiten und zwei Lehrlinge halten, verschuldet. Vörrach mit 16 000 Einwohnern hat zwölf Druckerien. Die Kollegen hoffen, daß bei den Mantelartiforhandlungen solchen Möglichkeiten ein Ende bereitet wird. Der alte Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Ein kurzes sachliches Referat des Kollegen Zeller, Vorsitzender der Handseherpartei vom Gau Oberhein, mit dem Zweck, auch in Vörrach eine Handseherreinigung zu gründen, dürfte auf fruchtbaren Boden gefallen sein.

**Ludwigshafen a. Rhein.** (Maschinenseher.) In der Generalversammlung am 19. Januar hätte einen besseren Besuch aufweisen dürfen. Vorsitzender H. F. H. verlas unter „Geschäftlichem“ das Rundschreiben der Zentralkommission, um dann den Tätigkeitsbericht vom verflochtenen Jahre zu geben. Daraus geht hervor, daß das Jahr ein arbeitsreiches war. Der Kasienbericht war zufriedenstellend und fand einstimmige Annahme. Die alte Vorstandswahl wurde wieder gewählt, der Posten des zweiten Vorsitzenden ergab. Beim Punkt „Rechtliches“ stand eine kleine Ausstellung von der Linotypfabrik zur Verfügung mit den verschiedenen Neuerungen, worüber eine lebhaftige Aussprache einsetzte. Die Erledigung einiger interner Angelegenheiten bildete den Schluß der Versammlung.

**Magdeburg.** (Handseher.) Am 25. Januar hielten wir hier unsere Generalversammlung ab. Ersterhelferliche konnte im Jahresbericht des Vorsitzenden Biedel festgestellt werden, daß, trotzdem unsere Vereinigung an Orte noch sehr jung ist, immerhin schon 200 Kollegen den Weg zu uns gefunden haben. Möge es so weiter gehen und wir vorwärts schreiten und erstarben. Die vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten und gründlicher Aussprache über die Ziele der nächsten Zeit konnte die gut besuchte Versammlung feststellen, daß nur Einmütigkeit und kollegiales Empfinden der Weg ist, auf welchem wir gehen wollen.

**Mainz.** (Maschinenseher.) Am 26. Januar hielt unsere Bezirksverein seine Generalversammlung ab. Zwei Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Vorsitzender Scheidner begrüßte die Kollegen Stutenbäumer (Mannheim) und Baer (Frankfurt a. M.). Darauf erstattete er den Jahresbericht, der die Lage im Bezirk im allgemeinen schilderte. Kollege Karl Weitz konnte auf eine 25jährige Funktionstätigkeit im Bezirk, Kollege Altmeyer auf eine ebensojähige in der Sparte zurückblicken. Der Kasienbericht des Kollegen Lehr wies einen Vorbestand von rund 500 M. nach. Anschließend gab Kollege Stutenbäumer das Ergebnis der Statistik vom November v. J. bekannt, die eine lebhaftige Aussprache hervorrief. Insbesondere wurden die sanitären Verhältnisse besprochen. Es gibt im Gau größere Druckerien, wo an den Sechsmaschinen die Abgasrohre fehlen. Es wurde der Fall bekannt, daß die hiesige Gewerbeinspektion auf dem Standpunkt steht, an Sechsmaschinen mit elektrischer Beheizung seien Abgasrohre überflüssig. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Neumeyer hielt Kollege L. H. v. Baumert ein Referat über „Maschinenseher-Treffen“. Er streifte hierbei auch die Gründung der Handseherpartei und die Verhandlungen auf dem Verbandstag. Zum Schluß seines Vortrages ermahnte er die Kollegen, regen Anteil an den allgemeinen Verbandsangelegenheiten zu nehmen und vor allem auch die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Er sprach den Wunsch aus, daß die Maschinenseher im gewerkschaftlichen Leben an der Spitze marschieren mögen und stellte dabei unter alten Führer als Vorbild hin. Sodann wurde beschlossen, das schon voriges Jahr vom Kollegen Baer (Frankfurt a. M.) angeregte „Süddeutsche Maschinenseher-Treffen“ Pfingsten dieses Jahres in Mainz abzuhalten.

**Mannheim.** (Maschinenseher.) Am 26. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach den üblichen Begrüßungsworten — es war auch Bezirksvorsitzender Jüngst anwesend — und den geschäftlichen Mitteilungen gab Vorsitzender Rietner einen kurzen Rückblick auf das verflochtenen Jahr, das ohne nennenswerte örtliche Ereignisse verlief. Der Kasienbestand ist unverändert geblieben, besaglichen die Mitgliedszahl, obwohl vier Kollegen durch Tod abgegangen sind. Ehren wurde ihrer gedacht. Die Versammlung stellte dem Gesamtvorstand durch einstimmige Wiederwahl das Vertrauen aus. Für einen freiwillig ausgeschiedenen Beisitzer wurde ein Ersatzmann gewählt. Mit der Verammlung verbunden war eine Ausstellung von Neuerungen an der Linotype, die uns von der Wertenthaler Fabrik bereitwillig zur Verfügung gestellt wurde. Kollege Minckner erläuterte eingehend die Vor- und Nachteile des neu Herausgebrachten, und allgemein wurde gewünscht, daß nun die Wertenthaler Fabrik die früher bewiesene gelegten Patente verwertet. Für den Typograph sprach über das gleiche Thema Kollege Weidner an Hand des neu erschienenen „Typographie“, der von der Fabrik bezogen werden kann. Es wurde dann noch beschlossen, an dem diesjährigen Süddeutschen Maschinenseher-Treffen in Mainz teilzunehmen und die Hälfte der Fahrtkosten bewilligt. Verschiedene Kollegen kritisierten die Art der Kleinschreibung von Anknüpfungen in den Bezirksmitteilungen, die nicht dazu angetan ist, den jungen Kollegen das Wissen von der Komplexität und der Feinheit der deutschen Sprache zu vermitteln, die ihm in seinem späteren Wirken so unbedingt notwendig sind. Dieser Wante muß ausdrücklich entgegenwirken werden, und es wurde ein diesbezüglicher Vortrag in Aussicht gestellt.

**Kr. Mannheim-Ludwigshafen.** (Korrektoren.) In der Generalversammlung am 22. Januar gestaltete sich interessant und anregend. Vorsitzender Körner gab einen kurzen Rückblick über die Korrektorenpartei im vergangenen Jahre. Die Lage in unserm Beruf wurde als nicht rosig bezeichnet, speziell für die Korrektoren in den reinen Kleinschreibbetrieben. In den Zeitungsdruckereien konnte man nicht klagen, ja in der Weihnachtszeit und in der Ausverkaufperiode konnten einige Kollegen Unterhaltungs finden. Das Interesse zum Zusammenhaken aller Korrektoren in der Sparte war im verflochtenen Jahre stark, und unser Verein konnte seine Mitgliedszahl von 17 auf 26 steigern, so daß nunmehr nahezu alle Kollegen in der Sparte vereint sind.

Sehr große Unterstützung hatten wir in dem Entgegenkommen unseres Gauvorsitzenden und des Bezirksvorsitzenden, die ideell und materiell unsere Sparte unterstützen, wofür ihnen auch hier gedankt sei. Kollege Körner als Vorsitzender und Kollege Wagner als Kassierer wurden einstimmig wiedergewählt. Am Schluß der Verammlung kam es zu einer erregten Aussprache über die Kleinschreibung, die zu dem Resultat führte, daß die Korrektoren den Bestrebungen gewisser Sprachapostel absolut fernstehen in der Überzeugung, daß die Förderer dieser gutausgesehenen Methode nicht die berufene Instanz sind, eine Neuerung in der deutschen Sprache bezüglich Grammatik und Orthographie einzuführen. Die Betroffenen sollten es ruhig dem Deutschen Sprachverein überlassen, Sprachänderungen vorzunehmen.

**Ofenbach a. M.** In unserer Jahresversammlung am 9. Februar hatte sich eine größere Anzahl Kollegen eingefunden, um die verschiedenen Jahresberichte entgegenzunehmen. Dem Vorstandsbereich erstattete Kollege Fischer in erspöndlicher Weise. Er schilderte in bereiten Worten die Berufsfrage im allgemeinen sowie am Orte besonders. Zu den gedruckt vorliegenden Kasienberichten gab Kollege Stein einige Erklärungen, und es wurde ihm sodann einstimmig Entlastung erteilt. Dem Ausschluß nach § 10 Absatz 1 verließ ein Kollege. Die Vergütung für das laufende Jahr wurde in der seitherigen Höhe belassen und hierauf die gegenwärtig amtierenden Kollegen des Vorstandes für das neue Geschäftsjahr wieder bestätigt. Die Beiträge bleiben in der seitherigen Höhe bestehen. Nachdem dann noch die gegenseitigen Anträge zur Mantelartifizierung kurz getreift, erfolgte Schluß der harmonisch verlaufenden Verammlung.

**Raffau.** Am 28. Februar fand unsere Generalversammlung statt, zu der sich die meisten Kollegen eingefunden hatten. Vorsitzender Ernst Köhl gab einen Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr, das besonders wegen der regen Agitation des Guttenberglandes, resp. der dahinter stehenden Kreise, ein reiches Arbeitsjahr war. Der Besuch aller Verammlungen war zufriedenstellend. Sodann erstattete Kollege Metzger den Kasienbericht. Er wurde einstimmig entlastet. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl des gesamten Vorstandes mit seltener Einmütigkeit.

**Böhmer.** In unserer am 19. Januar hier abgehaltenen Bezirks-Jahresversammlung war den durch die Neugliederung des Guttenberglandes zu uns geschlagenen Kollegen (Saalfeld und Hinterland) zum erstenmal Gelegenheit gegeben, mit dem Bezirksortort in Verbindung zu treten. Vorsitzender Kurt Meißner, der eine stattliche Zahl Kollegen begrüßen konnte, gab einen Überblick über Entstehen und Werden unseres Bezirks und gab der Hoffnung auf gutes Einvernehmen mit den neuen Kollegen Ausdruck. Die Berichte des Vorstandes fanden ungeteilten Beifall und man verabschiedete auf eine Kritik. Der alte Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt, bis auf einen Beisitzer, der freiwillig ausschied. Von der Gauvorsitzendenkonferenz in Berlin erstattete Kollege Meißner sehr interessant und eingehend Bericht. Wieder konnten drei Kollegen für dem Verbands gehaltenen 25jährigen Treue geehrt werden. Der Kollegengalgenverein „Guttenberg“ trug durch Vortrag mehrerer Niederwirkungsrollen zu dieser Feier bei.

**Regensburg.** Der Besuch unserer Generalversammlung am 25. Januar war ein überaus guter. Die einzelnen Funktionäre erstatteten ihre Berichte. Besonders hervorzuheben ist der Jahresbericht des ersten Vorsitzenden, der auf alle wichtigen Ereignisse einging. Bevor in die Vorstandswahl eingetreten wurde, hielt es Kollege Böhm in der Auftrage der Kollegen als seine Pflicht, dem nach 11½jähriger Tätigkeit scheidenden ersten Vorsitzenden, Kollegen Schindler, Dank abzusprechen, da er gerade in der schwersten Zeit das Steuerruder in die Hand nahm und bis zum heutigen Tage führte. Als Nachfolger wurde Kollege Buchhofer gewählt. Die Kasienberichte blieben wieder in den bewährten Händen des Kollegen Hierl. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wieder auf ihre Posten berufen. Nachdem der Boranschlag für das Jahr 1930 angenommen war, befaßte man sich unter „Bereinsangelegenheiten“ mit dem heutigen Johannistfest, das in Amberg mit der Mitgliedschaft Nürnberg zusammen gefeiert wird anlässlich des Jubiläums des dortigen Ortsvereins. Eine Einladung zum Jubiläum von Neumarkt soll auch nicht unberücksichtigt bleiben.

## Allgemeine Rundschau

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand Ende Januar (herausgegeben am 17. Februar 1930) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Kurzarbeitler am Ende des Monats	
	Januar 1929	Januar 1930	Januar 1929	Januar 1930
Buchdrucker	6,5	12,6	0,1	1,6
Lithographen u. Steindruck	7,9	15,2	2,3	7,0
Graph. Hilfsarbeiter	7,0	13,4	0,6	5,1
Buchbinder	9,5	16,8	14,3	23,7

Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern beliehen sich Ende Januar 1930 auf 22,2 Proz. bzw. 10,6 Proz. (gegen 19,1 bzw. 8,2 Proz. Ende Januar 1929).

**Karl-Kietzsch-Gedächtnisausstellung in Leipzig.** Die Meißnerische für das graphische Gewerbe zu Leipzig veranstaltete in der Zeit vom 2. bis 16. März in der Festhalle des Fassungsgebäudes, Platonstraße 8, eine Gedächtnisausstellung zu Ehren des am 16. November 1929 in Wien verstorbenen Malers und Radierers Karl Kietzsch, dem genialen Erfinder auf dem Gebiete der Bildformenherstellung mittels photomechanischer Methoden für Hand- und Schnellpressentypendruck und den Erfinder des Zuluft-Vinoleums. Durch das Entgegenkommen des Besitzers des Anlasses von Karl Kietzsch, Herrn Regierungsrat Pro-







